

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.
im voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M.
einchl. Bestellgeld, Auslandsbestellung
monatlich 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Sonderdruck mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Braun-
schweig“, „Tschail“, „Bild in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
des Unterrichts auf die
Rechen- und Sprachlehre
ist ein Fehler, der die
geistige Entwicklung der
Jugend hemmt. Die
Schule sollte die
allgemeine Bildung
fördern und die
persönliche Entwicklung
unterstützen.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köhlfeld 202-207. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 87536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wallstr. 66. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Masaryk und die Minderheiten.

Eine verständige Botschaft.

Prag, 29. Oktober.

Bei dem gesteigerten Empfang der Präsidentschaft der Kommer und des Senats verlas Präsident Masaryk eine Botschaft, in der er auch über den Kampf gegen die Friedensverträge sprach. Er gab zu, daß die Friedensverträge „gewisser Aufhellung“ bedürften, was logisches, offenes und ehrliches Vorgehen voraussetze. Die feindliche Agitation, der Kampf mit Unwahrheiten und Lügen werde aber keine Abhilfe schaffen. Gegen die Agitation des Lord Rothermere richtete sich das Wort, das von „Schreiendem Dilettantismus“ spreche, der gegen die Friedensverträge in unsachlicher Weise agitiere. — Ausführlich sprach Präsident Masaryk über das Problem der Demokratie und der Krise, die durch den Übergang aus dem Absolutismus und durch den

Dualismus zwischen Parlament und Bürokratie entstanden sei. Ein weiterer Passus der Botschaft war der deutschen Minderheit gewidmet. „Bei uns — erklärte Masaryk — sind die Minoritäten anderer Art als anderswo, denn es gibt keinen Staat, der eine so große Minorität befinde. Wenn das Problem des Verhältnisses zu den deutschen Bürgern geregelt sein wird, werden die übrigen sprachlichen und nationalen Probleme vielleicht eine Lösung finden. Das deutsche Problem ist eines der wichtigsten unserer Staatlichkeit. Für unsere Politik muß jeder Chauvinismus ausgeschlossen bleiben, allerdings auf beiden Seiten.“

In jedem Fall ist es Aufgabe der Majorität, die Minorität für den Staat zu gewinnen. Der Eintritt von zwei deutschen Ministern in die Regierung war ein glücklicher Anfang für ein definitives Einvernehmen.

Schulelind — Jugendtragödie.

Ein Vorschlag zur Schulreform.

Von Oberstudiendirektor Dr. Wuessing.

Schulnot und daher Jugendnot überall. Der Volksschule werden frühzeitig und wahllos Begabungen genommen, die nach ihrer Richtung angemessene Pflege allein unter dem Bildungsideal dieser Schulkategorie erfahren können. Mittelschule und Realschule zerreiben sich in unfruchtbarem Konkurrenzkampf, weil eine spießig und scholastisch aufgezogene Differenzierung der Bildungsidee dieser beiden Schularten keine tatsächlich voneinander abweichende Begründung angeben kann. Die höhere Schule ist ungesund aufgebläht. Die preussische Schulreform vom Jahre 1924 wollte der Ideologie nach gegen Intellektualismus, Stoffhuberei und Mißachtung jugendpsychologischer Erkenntnisse ankämpfen. Die Praxis zeigt das Gegenteil davon. Handwerk und Kaufmannstand klagen über unzureichende Leistungen der Volksschule, die Universitäten tun das gleiche mit der höheren Schule. Das Berechtigungsweesen schafft, heimlich und offen, eine Schülertragödie nach der andern.

Das Niveau einer Kultur ist in erster Linie abhängig von der Möglichkeit aller Volksschichten, zur Bildung der Totalität ihrer Fähigkeiten zu kommen. Die Nation ist in Wahrheit reich, deren Regierung mit allen Mitteln dafür sorgt, daß es immer weniger undifferenzierte und stumpfe „Rasse“ gibt.

In den letzten Wochen haben zwei führende Persönlichkeiten auf dem Gebiet unseres Bildungswesens zu unserer Schulnot das Wort ergriffen. Gertrud Bäumer empfiehlt zweierlei: Organischere Verbindung von Praxis und Allgemeinbildung, autoritative Gleichstellung bestimmter beruflicher Bildungsgänge mit der höheren Schule. Wilhelm Paulsen tritt für den Ausbau der Volksschule ein.

Beide Vorschläge sind wertvoll und richtig, aber, soweit ich sehen kann, nicht hinreichend, um uns aus dem Schulelind zu befreien.

Mit drei elementar wirkenden Faktoren muß jede Schulreform der Gegenwart rechnen: Mit dem Drang der breiten Massen nach vertieftem Wissen, mit der gesteigerten Anforderung an geistige Schulung der meisten Berufe und mit dem dauernden Ueberangebot von Kräften auf dem Arbeitsmarkt der Wirtschaft und der Behörden. Was ist nun aber außer jenen genannten Forderungen zu tun, damit diese Tendenzen nicht zu weiteren katastrophalen Zuständen für unsere Jugend führen?

Jede Begabung muß nach Richtung und Tempo zu ihrem Bildungsrecht kommen können. Das ist grundsätzlich unmöglich, wenn nach drei bis vier Jahren Grundschule der entscheidende Einschnitt im Bildungsleben unserer Jungen und Mädchen liegt. Kein Lehrer kann mit nur einigermaßen Sicherheit sagen, ob ein zehnjähriges Kind mehr einen praktischen, das andere mehr einen wissenschaftlichen Typ verrät. Jeder Vater, jede Mutter neigt aus begreiflichen Gründen zur Ueberschätzung der Fähigkeiten und zur falschen Beurteilung der Begabungsrichtung von Sohn und Tochter. Daher auch das Bestreben, das Kind so zeitig wie möglich in die höhere Schule zu bringen, eben nach drei oder vier Jahren Grundschule. Da beginnt nun das Veld für eine Anzahl unserer Jungen und Mädchen. Und zugleich ist die höhere Schule mit Jugend besetzt, die sich auf ihren Bildungsweg durchaus verirrt hat.

Diese Erfahrung begründet unsere erste Forderung, die von keinerlei Ressentiment gegenüber der höheren Schule diktiert wird, die nur pädagogischer Einsicht und Sorge entspringt: Herauschiebung der Entscheidung um zwei Jahre bei innerer Differenzierung der nun sechsjährig gewordenen Grundschule. Damit die Tempochüler mit ihrem gesteigerten geistigen Bedürfnis zu ihrem Recht kommen, muß frühzeitig die Breitengliederung der Grundschule, etwa nach Mannheimer System, einsetzen. Die normal Begabten können nach Abwanderung ihrer unterdurchschnittlich befähigten Kameraden in Hilfs- und Förderklassen intensiver unterrichtet werden. Der soziale Gesamtgeist der Anstalt muß dann dafür Sorge tragen, daß aus solcher Aufspaltung sich nicht egoistischer Individualismus entwickelt. Der Teil der Jugend, der nach vier Schuljahren schon deutlich eine besondere Kraft des lausalen und funktionalen Denkens und des Abstraktionsvermögens zeigt, erhält Sonderunterricht in Mathematik und Naturwissenschaften, in Fächern also, die vornehmlich die logischen Gaben üben. Halten diese Schüler bis zum sechsten Schuljahr nicht, was sie versprochen, so bleiben sie in der allgemeinen Schule des Volkes. Umgekehrt können die langsamer Reisenden, die im Normalkurs weiterarbeiten, ohne besondere Schwierigkeit nach sechs Jahren Grundschule mit hinüberwechseln zur logenannanten höheren Schule. Denn jetzt erst beginnt der Fremdsprachenunterricht, pflichtmäßig auf dieser, fakultativ auf der Volksschule. Diese wird jetzt nicht mehr ihrer praktischen Talente beraubt, und Gymnasien, Oberrealschule und Realgymnasium sind befreit von der Ueberschuldung von „Irrläufern“. Bleibt von seiten der Elternschaft das unkluge Drängen in die höhere Schule bestehen, so kann nach sechs-

Schweizer Wahlergebnisse.

Mindestens zwei sozialdemokratische Mandate mehr.

Genf, 29. Oktober. (Eigenbericht)

Das Ergebnis der Schweizer Wahlen lag am Montagabend noch nicht vollständig vor. In den meisten Kantonen zeigt sich die Heftigkeit des Wahlkampfes in einer Erhöhung der Stimmen aller Parteien. Der große sozialistische Stimmenzuwachs hat sich durch eine Reihe von Umständen nicht in einem entsprechenden Mandatsergebnis auswirken können. So fehlen in Genf 70 bis 80 Stimmen für ein neues Mandat. Bisher sind drei neue sozialistische Mandate sicher, denen der Verlust

eines Mandats gegenübersteht. Der Gewinn eines weiteren Mandats im Wallis steht noch nicht fest. Die Mandatszahl der Sozialisten ist damit immerhin auf 51 gestiegen (bisher 49). Die katholischen Konservativen haben ebenfalls mindestens zwei Mandate gewonnen. Die Verluste tragen die bürgerliche Mitte und die Splitterparteien, darunter die Kommunisten, die ihr Zürcher Mandat verloren haben. Damit ist die kommunistische Fraktion des Schweizer Nationalrats auf ganze zwei Mann zusammengeschrumpft.

Schwerindustrie vor der Entscheidung.

Kampf oder Schlichtung?

Heute 10 Uhr beginnen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über den Schiedspruch in der Schwerindustrie und seine eventuelle Verbindlichkeitserklärung. Die Unternehmer (und die Kommunisten) haben diesen Schiedspruch abgelehnt, die Gewerkschaften haben ihn angenommen.

Wird die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches nicht ausgesprochen, dann ist der Kampf unvermeidlich. Zunächst würde er etwas über 200 000 Arbeiter umfassen. In seiner weiteren Auswirkung aber würde er nicht nur große Teile des Bergbaues, sondern auch der weiterverarbeitenden Industrie und damit das Transportgewerbe usw. in Mitleidenschaft ziehen. Obwohl der Schiedspruch für die Arbeiter unbefriedigend ist, haben die Gewerkschaften ihn im Bewußtsein ihrer Verantwortung angenommen. Die Stellungnahme der Unternehmer (und der Kommunisten) zeigt, daß diese von solchen Gedanken nicht beschwert sind.

Die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Auswirkungen der Jahreszeit.

Die saisonmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit tritt in den neuen Erwerbslosenziffern deutlich in Erscheinung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung weist, wie amtlich mitgeteilt wird, in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober, der Jahreszeit entsprechend, eine stärkere Steigerung auf als in den vorangegangenen Berichtszeiten. Sie stieg von rund 577 100 auf 593 600, das ist um 16 500 oder um 2,90 Proz. Auch diesmal ist die Steigerung nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 19 700 oder um 4,8 Proz. gestiegen ist. Demgegenüber ist die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger wiederum zurückgegangen, und zwar um 3200 oder um 2,1 Proz.

In der Krisenunterstützung nahm in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiter zu (von rund 88 000 auf 89 700 oder um 3,5 Proz.). Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 Proz., bei den Frauen 2,1 Proz. Es handelt sich bei diesen Zahlen nur um die unterstützten Arbeitslosen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen übersteigt die der Unterstützten um rund 500 000.

Deutschland — Polen.

Den Boden für neue Verhandlungen vorbereiten!

Der polnische „Robotnik“, das Organ der polnischen sozialdemokratischen Partei, hat mit den Methoden gebrochen, denen man im allgemeinen in der polnischen Presse gewohnt war. Das Blatt gibt zu, daß durch die neuen polnischen Forderungen, die im letzten Stadium der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen kurz vor deren Stillstand erhoben wurden, die deutsche Seite unangenehm überrascht werden mußte. Er hat fernerhin die Behauptung der polnischen Presse, daß die deutsche Delegation über die Abmahnungen des Stresemann-Jadowski-Protokolls bezüglich eines Einfuhrkontingents von 200 000 Doppelzentnern Schweinefleisch jährlich und 200 000 Tonnen Kohle monatlich nicht hinausgehen wollte, als unzutreffend bezeichnet.

Es ist erfreulich, wenn auch für uns nicht überraschend, daß die polnische Sozialdemokratie weiß, daß, wenn man bei den Handelsvertragsverhandlungen zu positiven Ergebnissen gelangen will, man nicht einseitig die Schwierigkeiten nur auf der Gegenseite suchen darf. Um so mehr hoffen wir, daß die deutsche Regierung alles in sachlicher und persönlicher Hinsicht tut, um den guten Willen auf beiden Seiten noch mehr zu stärken als bisher.

Der deutsch-polnische Außenhandel wächst.

Die jetzt veröffentlichten Ziffern des Warschauer Hauptamts für Statistik über den polnischen Außenhandel in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres zeigen ein weiteres Anwachsen des deutsch-polnischen Warenverkehrs. An der Spitze der Einfuhrländer stand auch in diesem Jahre Deutschland, dessen Anteil sich weiterhin von 25,1 Proz. auf 26,6 Proz. der polnischen Gesamtimporte erhöhte. Erst in weitem Abstände folgen an zweiter Stelle die Vereinigten Staaten Amerikas mit 14 Proz., sodann England mit 9 Proz. und Frankreich mit 7,5 Proz. Auch unter den Abnehmern polnischer Waren steht Deutschland mit 33,6 Proz. der polnischen Gesamtexporte an erster Stelle. Sein Anteil hat sich gegenüber 1927 wieder um fast 10 Proz. erhöht.

Zeppelin östlich von Neufundland!

Große Geschwindigkeit.

Nach den letzten Meldungen hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ bereits gestern nachmittag um 6 Uhr die südlichen Ausläufer der Neufundlandinseln passiert. Die Geschwindigkeit wird auf 160 Stundenkilometer geschätzt.

jähriger Beobachtung der jugendpsychologisch geschulte Lehrer mit ganz anderer Autorität den falschen Bildungsgang des ihm anvertrauten Kindes verhindern.

Unsere zweite Forderung heißt: Die Volksschule wird bis zum zehnten Schuljahr ausgebaut. Da unsere Zeit um die grundsätzliche Beibehaltung des Berechtigungswezens nicht herumkommt, kann dem Volksschüler, der zehn Jahre lang eine Schule besucht hat, in der sich seine normale Begabung, nicht gehemmt durch besonders schwache Mitschüler, frei entfalten konnte, die rechtzeitig seine Berufswahlungen förderte bei gleichzeitiger Pflege seiner Menschenbildung, ohne Bedenken das Zeugnis der mittleren Reife ausgestellt werden. Behörden, gehobenes Handwerk, Kaufmannschaft und Industrie, die in erster Linie gewissenhaft ausführende Köpfe und Hände brauchen, nicht Menschen der Selbständigkeit in Organisation, Kalkulation und auf den verschiedenen Wissenschaftsgebieten, mühen nach solchen für ihre Bedürfnisse unverbildeten und unerschulerten Jugendlichentyp mit allen Händen greifen, weil er ihr Vertrauen rechtfertigen wird. Mittel- und Realschulen haben damit ihre Sonderaufgabe an eine Schulform abgegeben, die im Schoß der allgemeinen Volksschule aufgebaut ist. In erheblichem Ausmaß ist die Gelegenheit genommen, Standesdünkel zu entwickeln. Ein letzter und auch wesentlichster Vorteil dieser Reform besteht darin, daß durch sie unser überkompliziertes Schulwesen einheitlicher geworden ist.

Diese gesunde Tendenz nach Vereinheitlichung unter Vermeidung von Schematisierung muß sich auch in der höheren Schule auswirken. Sie wird grundsätzlich Reformanstalt. In ihrem Unterbau läuft — abgesehen vom Gymnasium — nicht mehr Oberrealschule neben Realgymnasium her. Die Freizügigkeit ist fast restlos gewährleistet, das Elend von Eltern und Schülern beseitigt, die jetzt bei einem Wechsel des Wohnorts fast nie ihren im vierten Schuljahr gemählten Typ unter den 20 bis 30 vorhandenen am neuen Schulort wiederfinden.

Dieser Vorteil bleibt auch im Oberbau der höheren Schule gewahrt. Denn dieser wird generell elastisch gestaltet, zerfallend in Kern- und Kursunterricht. Sollte nun beim Übergang von der sechsjährigen Grundschule ein Schüler sich doch in seiner Begabungsrichtung getäuscht haben, indem er fälschlich Latein statt einer modernen Fremdsprache wählte, so kann er die alte Fremdsprache jetzt stoppen und intensiv eine moderne oder ein anderes Fach betreiben. Denn er braucht sich jetzt erst zu entscheiden, ob er sich besonders eifrig der Mathematik oder den Naturwissenschaften oder künstlerischen oder sozialen Aufgaben (besonders für Mädchen wichtig) widmen will.

Oberprimarjahr und Reifeprüfung fällt weg. All die Jugend, die heute nicht zur Univerität nach Durchlaufen der höheren Schule übertritt — und sie macht über 50 Proz. aller höheren Schüler aus —, braucht sich nicht unnötig das letzte Jahr zu quälen, und der Arbeitsmarkt, der häufig geradezu aus Verlegenheit das Abitur forderte, nur weil der Andrang so groß war, nicht weil er als Vorbildung für seine Arbeit diese enzyklopädisch und propädeutisch wissenschaftliche Schulung nötig hatte, die die höhere Schule vermittelt, bekommt nun jugendliche Menschen zugeführt, deren Nerven unerschrocken geblieben sind, weil sie das Schulfremd des starren Typs nicht neun Jahre lang mit sich zu schleppen hatten und in den beiden letzten Jahren schliefen vom Alpdruck der Reifeprüfung. Denn die neue Schule wird mit der Beseitigung des Abiturs nicht bloß den Schülern, sie wird auch den Lehrern mehr Vertrauen entgegenbringen. Sie wird entschieden Wert legen auf die Bewährung der Gesamtpersönlichkeit der Jugendlichen als auf das Zufallsergebnis eines Examens. Sie ist ein gesundes Abbild der neuen Lebensverhältnisse einer Jugend, die die Wertakzente des Daseins ganz anders legt als wir es vor 20 und 30 Jahren taten. Was soll der heutige junge Mensch von 20 Jahren, für den schon viele Jahre lang Vereine, Jugendbünde, Theater, Bücher, Wanderschaften lebendige Erziehungs- und Bildungsmächte bedeuten, noch auf einer Schule, die ihre Wesensaufgabe intellektuell-historisch erfüllt, indem sie Kulturgut der Vergangenheit Kenntnis- und gedächtnismäßig übermitteln. Unsere Jugend braucht eine Bildungsumwelt, die ihr frühzeitig schon Gelegenheiten gibt, das Gelernte mutig auf eine praktische Situation anzuwenden und mit Umsicht das Wesentliche und Fruchtbare vom Unwesentlichen und Toten zu scheiden. Sie zieht die Kunst der Menschenkenntnis und Menschenbehandlung der Fertigkeit vor, die Buchweisheit zweier oder dreier Gelehrten über das gleiche Thema mehr oder weniger altflug miteinander vergleichen können.

Die beiden hier skizzierten Schulformen, die innerlich differenzierte, zehnjährige allgemeine Volksschule und die höhere Schule, sechsjährig elastisch und am Eingang ausgestattet mit einem zweckmäßigen Ausleseverfahren, werden unserer Jugend helfen, soweit „Formen“ das überhaupt vermögen, in ihnen zu weltoffenen und tätigen Gemeinschaftsmenschen heranzureifen. Denn nur solche unerschulerten Charakter- und Entscheidungstypen sind es, nach denen Gegenwart und Zukunft brennend verlangen.

Verblüfft?

Das Volksbegehren als schlaggegangenes Entlohnungsmanöver gegen Severing?

Unser Chemnitzer Parteiblatt erhält von einem führenden Chemniger Genossen einen Bericht über ein Gespräch, das er im Eisenbahnzug zwischen Berlin und Hamburg angehört hat. Drei Kommunisten, darunter ein Abgeordneter, unterhielten sich über die Platte des Volksbegehrens. Der Abgeordnete sagte:

„Ich und — er nannte einen Namen, den ich nicht verstehen konnte — haben in der Fraktion darauf hingewiesen, daß das Volksbegehren einen Reinfall bringen wird. Da war es der Unentwegte — so nannte man ihn —, der uns mangelnde Energie vorwarf und damit operierte, es sei gar keine Aussicht vorhanden, daß das Volksbegehren von der Reichsregierung zugelassen werde, und diesen Agitationsstoff dürfte sich die Partei nicht entgehen lassen. Wir machten den Einwand, daß man doch Severing nicht für so dumm halten sollte, daß er uns so billigen Agitationsstoff liefern würde. Aber die Einwände haben nichts genutzt, und nun zeigt sich ein Resultat, daß man sich schämen muß. In Sachen hat man mir in einer Versammlung gesagt, die Niederlage, die die SPD. erlitten hat, sei noch größer, als die der USV. zur Reichstagswahl.“

Danach wäre das Volksbegehren nur die Folge eines schief gegangenen Stuffs, eines „Entlohnungsmanövers“ gegen Severing gewesen. Die Kommunisten hätten dann wider Willen ernst mit dem Volksbegehren machen müssen.

Beifall für jeden Steinwurf.

Wie Major v. Cordes in Kyritz die Landbändler ermunterte.

Kyritz, 29. Oktober.

Von den weiteren Zeugenauszügen war die des Schupoameisters Köppler bemerkenswert, weil dieser der einzige von allen bisher vernommenen Beamten ist, der mit aller Bestimmtheit den Angeklagten Kleine als benjennigen bezeichnet, der den Wachtmeister Müller niederschlug. Köppler erkannte Kleine auch sofort aus der Anklagebank wieder und erklärte, daß dieser Angeklagte aus der Gruppe, die mit hochgehobenen Stöcken der Schupo-Polizei gegenüberstand, sich hervorgebracht und im nächsten Augenblick mit einem dicken Stock auf Müller eingeschlagen habe, der dann zusammengebrochen sei.

Rechtsanwalt Bloch: Der Angeklagte Kleine behauptet, er sei nicht der Täter, er kenne aber den wahren Täter; mössen Sie, Herr Vorsitzender, ihn nochmals ermahnen, den wahren Täter zu nennen, weil Kleine sonst einer schweren Strafe entgegensteht. Vorl.: Kleine, mössen Sie nicht doch denjenigen nennen, der nach Ihrer Meinung den Beamten geschlagen hat? Angekl. Kleine: Ich will den Namen nicht nennen. Landtagsoberleutnant Dümke: Es ist seinerzeit gemunkelt worden, ein Gastwirt Müller sei der Täter gewesen. Müller hat aber ganz energisch bestritten, überhaupt zu dieser Zeit noch vor dem Finanzamt gewesen zu sein. Er sei schon vorher weggegangen. Die Verteidigung beantragte die sofortige Ladung Müllers. Auf die Frage des Oberstaatsanwalts, ob denn auch nach Ansicht Kleines der Gastwirt Müller überhaupt dabeigewesen sei, verweigerte Kleine die Antwort.

In der Nachmittagsitzung sagte der Währige Steuerpraktikant Heischel als Zeuge aus, daß er noch nachmittags nach der Demonstration auf der Straße von einem Stahlhelmer angepöbel worden sei, weil er Finanzbeamter war. Rechtsanwalt Bloch: Gehören Sie einem politischen Verband an, etwa dem Reichsbanner? Zeuge: Was hat das damit zu tun? Vorl.: Sie können es ruhig sagen. Zeuge: Ich gehöre dem Reichsbanner nicht an, aber ich wunderte mich, daß sich ein nationaler Verband dafür berührt. Ich gehöre dem Bundesdeutschen Orden an. (Bewegung im Zuhörerraum.) Sodann wurde

der Geschäftsführer des Landbundes

Lechner als sachverständiger Zeuge vernommen. Er bezeugte, beim Landbund sei ein Ordnungsdienst bisher nicht notwendig gewesen. Schupo sei bis jetzt bei den Demonstrationen des Landbundes niemals eingesetzt worden. Die Landwirte seien stets ihren Führern ohne weiteres gefolgt. Aber wenn Schupo eingesetzt werde, dann würde das direkt beunruhigend, weil sie ein fremdes Element sei. Im ganzen Reich hätten zugleich mit Kyritz etwa 150 Demonstrationen stattgefunden. Alle seien friedlich verlaufen, selbst diejenige in Freiberg in Sachsen, wo die Schupo-Polizei das Landratsamt besetzt hatte. Oberstaatsanwalt Müller: Ist Ihnen bekannt, daß 1926 eine Landundordnungsgruppe gebildet wurde, ferner, daß der Vorsitzende des Landbundes Neurruppin und auch des Landbundes Westprengeln dafür sorgte, daß ihre Leute nur auf den Marktplätzen Versammlungen abhielten und dann nach Hause gingen, ohne daß sie vor die Aemter geführt wurden? Er handelte sich allerdings dabei um alte Führer des Landbundes. Sachverständiger: 1926 hat es sich nicht um einen Ordnungsdienst, sondern nur um die Mitführung von Ordnungsstoffen gehandelt. Die Halle Neurruppin und Westprengeln müssen Ausnahme sein. Der nächste Zeuge, Wachtmeister Fiedhorn aus Köblitz bei Bismark, sagte aus, ein Beamter habe auf die Demonstranten geschimpft: „Ihr Schweinehunde, Ihr Sauhunde.“ Unter

den auf der Zeupenbank sitzenden Schupo-Beamten konnte Fiedhorn den Kaiser allerdings nicht finden. Der Oberleutner des Bogengartens in Kyritz, Winkel, der dann als Zeuge auftrat, wußte am Schanztisch die Aeußerung gehört haben: „Wenn die Polizei geschossen hätte, dann würde etwas passiert sein“, denn von anderen Beuten hätten auch etliche etwas bei sich. Der folgende Zeuge, Steuerassistent Hanft, gab an, daß der Gastwirt Dehmel bei einem Besuch in dem Finanzamt ihm erklärt habe: „Wenn sich das nicht gibt, dann werden wir nochmal hierher kommen müssen und nochmal die Scheiben einschmeißen.“ Der Angeklagte Dehmel erklärte hierzu, er wisse nicht mehr genau, ob er etwas deraartiges gesagt habe.

Als nächster Zeuge wurde der Expedient Nordt vernommen, der der Leiter der Ortsgruppe Kyritz der Nationalsozialisten ist. Nordt hatte für den Vormittag, an dem die Demonstration des Landbundes stattfinden sollte, eine Versammlung seiner Partei einberufen. Vorher hatte er durch mehrere Parteigenossen Zeitungen, wie die „Berliner Arbeiterzeitung“ und den „Völkischen Kurier“, auf dem Marktplatz während der Demonstration verteilen lassen. Die Versammlung der Nationalsozialisten begann nach 11 Uhr. Sie übernahm auf, weil jemand gefahren kam und rief: „Die Schupo kommt zum Finanzamt zurück.“ Alle Teilnehmer liefen fort, um sich anzusehen, weshalb die Schupo zurückgerufen worden war. Als dann die ganze Demonstration beendet war, ist nochmals eine Versammlung abgehalten worden. In der ersten Versammlung waren kaum 150 Personen, dagegen waren in der zweiten mindestens 300—400. Der Bogengartensaal war voll besetzt. Der Gärtner Bahlow erklärte, er habe es nicht verstehen können, daß die Führer des Landbundes gegen andere Staatsbürger hetzen. Bei den Reden am Marktplatz habe

herr v. Jens die Beamten als Kautenzer bezeichnet, und der Reichstagsabgeordnete Staßfeld habe sogar gesagt, daß der Weg nur über die Leiber zur Scholle gehe.

Der Zeuge bezeugte weiter, daß ein Teil der Demonstration unter Führung des Majors Cordes nach dem Finanzamt zog. Der Zeuge sei mitgegangen und habe beobachtet, daß die Führer verurteilten. Ruhe zu halten, nur der Angeklagte Major Cordes hätte die Leute ermuntert, Kleine zu werfen und hätte bei jedem Steinwurf beifühmend mit dem Kopf genickt.

Der folgende Zeuge, der Arbeiter Straßmann, bezeugte, er sei zufällig in die Demonstration geraten. Er sei von seiner Arbeitsstätte gekommen, wollte nach Hause gehen, sei aber doch stehen geblieben, um zu sehen, was aus der Sache vor dem Finanzamt werden würde. Er hat beobachtet, wie der Angeklagte, Wilt einen letzten Gegenstand vom Erdboden aufzuheben und gegen das Finanzamt geschleudert hat. Außerdem will der Zeuge gesehen haben, daß wenigstens vier oder fünf Demonstranten Revolver in der Hand hatten. Das sei in dem Augenblick gewesen, als Wachtmeister Müller zu Boden geschlagen wurde und die Demonstranten die Beamten bedrängten, die den Anwesenden festnehmen wollten. Er habe die bedrückenden Rufe, die man gegen die Beamten richtete, gehört und habe den Beamten gesagt: „Schießt doch die Hunde nieder.“

Zum Schluß der gestrigen Sitzung wurde dann noch der Landwirt Bach vernommen, der Mitglied der Deputation war, die dem Landrat und dem Finanzamtsleiter die Resolution überbracht hat. Eine Vereidigung der drei letzten Zeugen fand nicht statt, da sie der Teilnahme an der Demonstration und damit der unter Anklage stehenden Vergehen verdächtig sind. — Hierauf wurde die Verhandlung abgebrochen und auf Dienstag, 30. Oktober, 9 Uhr, vertagt. Man hofft, daß am heutigen Dienstag die Beweisaufnahme zu Ende geführt werden kann.

Vertagung, Vertagung!

Stahlhelmmut auf absteigender Linie.

Die Presse Hugenbergs stellt sich, als ob der Beschluß des Stahlhelms, das Volksbegehren auf Verfassungsabänderung zu vertagen, nichts Neues darstelle, der Stahlhelm habe von vornherein beabsichtigt, das Volksbegehren erst nach Weihnachten „in Szene zu legen“.

In Szene zu legen — das dürfte der richtige Ausdruck sein. Mit der Beteuerung aber, daß die Vertagung nichts Neues darstelle, ist es eine besondere Sache. Zunächst erklärte die Stahlhelmsleitung, daß sie ihr Volksbegehren nach dem Scheitern des kommunistischen Volksbegehrens, also Ende Oktober, einbringen werde. Dann gab Herr Seidte bekannt, daß man den 13. November, dem Gründungstag des Stahlhelms, als Termin ausersehen habe. Die Vertagung ist also recht neu!

Welchen Termin wird man nach Weihnachten hören?

Macdonald wehrt sich.

Gegen Baldwins Vorwürfe.

London, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

In einer in Wolverhampton gehaltenen Rede beschäftigte sich Ramsay Macdonald u. a. auch mit der internationalen politischen Lage. Der Führer der Arbeiterpartei stellte fest, auf dem Kontinent sei der Verdacht weit verbreitet, daß die britische Diplomatie gegen Amerika konterriert und in Europa im trüben fische. Dadurch würden andere Nationen zu einer ähnlichen egoistischen Betätigung auf dem Gebiete der Diplomatie angereizt. Macdonald polemisierte hierauf gegen Baldwins jüngste Aeußerungen zur auswärtigen Politik, in deren Verlauf der konservative Ministerpräsident — unter Anspielung auf die Berliner Rede Macdonalds — den Führer der britischen Arbeiterpartei indirekt beschuldigt hatte, durch seine Kritik an der britischen Außenpolitik zum Mißtrauen gegen Großbritannien im Auslande beigetragen zu haben. „Ratei“, so betonte Macdonald wörtlich, dem Ministerpräsidenten, das nächstmal seine Aufmerksamkeit mehr den Taten seiner eigenen Regierung auf außerpolitischem Gebiete zuzuwenden und weniger über andere Staatsmänner zu sprechen. Solange es Großbritannien nicht gelingt, das Vertrauen der Nationen Europas für sich zu gewinnen, wird sich England in seinen Bestrebungen, ein brauchbares Entwaffnungsabkommen zu erzielen, nicht vom Fleck bewegen können. Europa muß in der Lage sein, festzustellen, daß wir unter uns einig sind, daß es keinen Krieg mehr geben darf und daß wir bereit sind, uns mit den übrigen Staaten herüber zu einigen.“ Niemand könne in Zentraluropa verstehen, weshalb man zu dem Flottenabkommen mit Frankreich gelangt sei, da es das dortige Verständnis begrifflicherweise übersteige, wie so ein Abkommen, das angeblich der Abrüstung dienen sollte, zwei Klauseln enthalten könne, die den bekannten amerikanischen Auffassungen widerspräche. Macdonalds Rede schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß trotzdem

die alte Ordnung der Regierungen im Sterben begriffen und die Völker überall zum neuen Tage der internationalen Gerechtigkeit erwacht seien.

Friede den Toten — und den Lebenden!

Eine Gefallenengedächtnisrede Kauschers in Warschau.

Warschau, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf dem deutschen Soldatenfriedhof bei Warschau fand am Sonntag eine Totengedächtnisfeier statt, bei der der deutsche Gesandte Ulrich Kauscher die Gedächtnisrede hielt und im Namen der Reichsregierung einen Kranz mit den Farben der Deutschen Republik niederlegte. Kauscher erinnerte in seiner Rede daran, daß außer den 2000 hier ruhenden deutschen Kriegern auf polnischem Boden noch 500 000 weitere deutsche Soldaten des Weltkrieges ihre letzte Ruhestätte gefunden hätten, die mit Hilfe der polnischen Regierung nach und nach würdig ausgestattet würden. Am heutigen Tage gehe die Erinnerung zu den für Deutschland so dunklen Wochen des Oktober 1918 zurück, denen aber bereits wieder 10 Jahre Wiederaufbau im neuen Deutschland gefolgt seien. So könnten die Deutschen heute an die Gräber ihrer Kriegstoten mit Gedanken der Hoffnung und mit Gebeten des Friedens herantreten, sie brauchten auch den Zehnjahrestag der glücklicheren Völker, die aus dem Ende des Weltkrieges Vorteil gezogen hätten, nicht mit Mißton zuzusehen. Der Friede des Lebens möge auch der deutschen Heimat und der Welt der Völker beschieden sein.

Menschenrechte in Sowjetrußland.

Die Diskussionsversammlung endet in Leningrad.

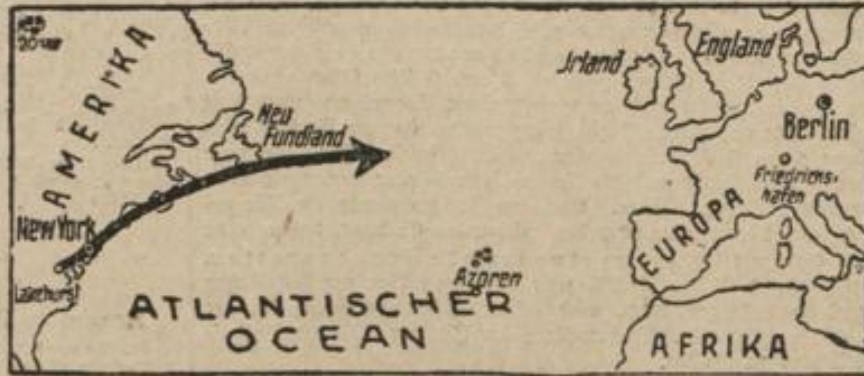
Gestern abend wurde eine öffentliche Diskussion über die Frage „Menschenrechte in Sowjetrußland“ abgehalten, bei der der bekannte Führer der russischen Sozialdemokratie Genosse Abramowitsch das Referat erstattete, während als Konreferent der kommunistische Reichstagsabgeordnete Rünzenberg auftrat. Auf die sehr sachlichen Darlegungen des Genossen Abramowitsch reagierte Rünzenberg mit ausweichende kommunistische Agitationen vorzubringen. Gegen Ende der Diskussion wollte der Vorsitzende der von der „Liga für Menschenrechte“ einberufenen Versammlung entgegen den getroffenen Vereinbarungen dem Abgeordneten Rünzenberg das Schlußwort erteilen. Abramowitsch bestand dagegen auf dem ihm zugesicherten Recht, das Schlußwort zu sprechen. Darüber entstand eine sehr heftige Auseinandersetzung, die schließlich zu einem allgemeinen Tumult führte, so daß die Versammlung abgebrochen werden mußte.

Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz lehnte am Montag den von den Deutschen, Demokraten und Handwerkervertretern gegen den sozialdemokratischen Minister Dr. v. Reibnitz eingebrachten Mißtrauensantrag mit Einstimmigkeit (15:16 Stimmen) ab. Für das Mißtrauensvotum stimmten die Wälfischen, die Demokraten, die Deutschnationalen und die Handwerkervertreter, dagegen die Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei, der Bauernbund und ein Aufwärtler. Die kommunistischen Abgeordneten schiedelten sich der Stimme.

Zeppelin über dem Ozean

In guter Fahrt. — Von mehreren Dampfern gesichtet.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das gestern von Lakehurst aus den Rückflug nach Deutschland angetreten hat, befand sich gestern Abend in guter Fahrt über dem Atlantik. Nachdem das Schiff die Fahrtstrecke entlang der Küste sehr rasch zurückgelegt hatte, verließ es das Festland um 6.05 Uhr amerikanischer Zeit (12.05 Uhr mitteleuropäischer Zeit) und überflog mit großer Geschwindigkeit auf südöstlichem Kurs den Rantucket Sound, etwa in der Mitte zwischen dem Leuchtturm von Great Point und dem Monotony Leuchtturm, an der Spitze des Cap Cod. Die Leuchtturmwärter und eine Jägergruppe, die das Luftschiff beobachteten, schätzten die Geschwindigkeit auf 80 Meilen, die Höhe auf 1600 Fuß. Der letzte Mensch auf dieser Seite des Ozeans, der das Luftschiff sah, war der Wärter des einsamen Leuchtturmes am äußersten Strand von Rantucket, Parfen, der — wie er berichtet — den „Graf Zeppelin“ erst aus den Augen verlor, als bereits mehrere Meilen zwischen dem Luftschiff und der Insel lagen.



Die Flugroute über den Ozean.

Der Lindbergh-Kurs.

Das Luftschiff überflog den Fischdampfer „Abgeon“ um 13.55 Uhr mitteleuropäischer Zeit, der seine Position mit 41 Grad 29 Minuten nördlicher Breite und 68 Grad 47 Minuten westlicher Länge angab. Der Zeppelin schlägt scheinbar den sogenannten Lindbergh-Kurs ein, d. h. wird an Neufundland, Neufundland und der Küste von Irland südlich vorbeifliegen. Um 14 Uhr mitteleuropäischer Zeit teilte der Zeppelin mit, daß er schnelle und gute Fahrt mache. Der Punkt, an dem der Zeppelin gesichtet wurde, liegt etwa 90 Kilometer östlich von Cape Cod.

Das Luftschiff steht in Funkverbindung mit der kommerziellen Radiostation für Massachusetts. Zwischen 9 und 10 Uhr amerikanischer Zeit wurden Privatmeldungen übermittelt. Außerdem wurde berichtet, daß an Bord des Luftschiffes alles wohl ist.

Wie der Dampfer „Laconia“ meldet, hat der „Graf Zeppelin“ den Dampfer um 10.15 Uhr etwa 90 Meilen südwestlich Kap Sable (Neufundland) überflogen.

Der Dampfer Louis Winslow hat das Schiff um 8.53 Uhr amerikanischer Zeit auf 40 Grad nördlicher Breite und 66 Grad 20 Minuten westlicher Länge gesichtet.

Die neuen Passagiere.

Von den 63 Personen an Bord des „Graf Zeppelin“ sind 25 Passagiere, und zwar sind folgende 14 Personen als Teilnehmer an der Rückfahrt neu hinzugekommen: die amerikanischen Marineoffiziere Pierce, Settle und Bausch, ferner Joseph Kessel, Mr. Adam, Donald Casto-Columbus, Allan Miller und Paul Marko-Brooklyn, John Ingram-Rom York, der Vertreter der Maybach Motors Co. F. von Meister, Georg Grube-Syracuse, Hans von Kolde-Reading (Pennsylvania) und William Schulze.

Er fährt blind!

Außerdem befindet sich an Bord des Schiffes ein Lauffuge Clarence Terhune. Er hatte sich vor der Abfahrt im Gepäckraum ver-

steckt und kam halb verhungert heraus, als das Luftschiff schon das Festland verlassen hatte. Der Junge soll nun in die Mannschaft des Luftschiffes eingereiht werden.

Das Flugwetter.

Das Seeflugreferat der Deutschen Seewarte gab über die Wetterlage auf dem nordatlantischen Ozean gestern gegen Mittag folgende Uebersicht: Der Wetterlage auf dem nordatlantischen Ozean gibt eine Tiefdruckrinne das Gepräge, die verhältnismäßig weit nördlich von dem Nordosten Labrador und der Davisstraße bis nach den Faröer und dem europäischen Nordmeer verläuft. In ihr sind zwei Tiefdruckkerne erkennbar, von denen der eine mit Barometerständen von 750 Millimetern an der Nordostküste von Labrador, der zweite mit nur 745 Millimetern auf 56 Grad Nordbreite und 28 Grad Westlänge liegt. Südlich von der Tiefdruckrinne zieht sich ein Gürtel hohen Luftdrucks von dem Innern des nordamerikanischen Festlandes bis zu der Iberischen Halbinsel hin. Hochdruckkerne befinden sich in ihm südwestlich des nordamerikanischen Seengebietes, zwischen den Bermuden und Neufundland und im Raume zwischen den Azoren und Portugal. Ausläufer der nördlichen Tiefdruckrinne greifen allerdings weit südwärts in den Hochdruckgürtel hinein. Ein Ausläufer des Labradortiefs liegt längs der amerikanischen Ostküste und rückt ostwärts gegen das Bermudenhoch vor, während ein Ausläufer des zweiten nordatlantischen Tiefdruckgebietes bis 38 Grad Nordbreite und 45 Grad Westlänge herebreicht. Das Luftschiff wird beim Abflug von der amerikanischen Ostküste zunächst unter dem Einfluß des ersten Tiefdruckausläufers kommen, der ihm böige, zwischen Südwest und West-Nord-West schwanvende Winde, wechselnde Bewölkung und vereinzelt Regenschauer bringen wird. Hält das Luftschiff allerdings südlich von 43 Grad nördlicher Breite, so wird es

heiteres, schwach windiges Wetter antreffen. Weiter draußen wird das Durchfahren des von den Bermuden nach Neufundland reichenden Hochdruckgebietes ebenfalls ordentliches Flugwetter bringen. Westlich von 50 Grad westlicher Länge wird der Wind bei Annäherung an den zweiten Tiefausläufer auf Nordwest drehen und in Böen stellenweise bis 60 Kilometer Stundenwindigkeit aufströmen. Dabei werden auf der Rückseite des Ausläufers Regen- und Hagelschauer niedergehen, die strichweise von Gewittern begleitet sein werden. Ueber der östlichen Hälfte vom nordatlantischen Ozean wird das Schiff je nach dem Kurs verschiedene Witterungsverhältnisse antreffen. Steuert es in das Azorenhoch hinein, so hat es mit schwachwindigem, heiterem und größtenteils sichtbarem Wetter zu rechnen. Steuert es dagegen weiter nördlich an, so daß es noch unter den Einfluß des zweiten atlantischen Tiefdruckgebietes kommt, so werden verbreitete Regenschauer aus niedrigen Wolken ungünstiges Flugwetter, eine kräftige westliche Strömung, aber rasches Vormarskommen nach Osten bedingen.

Im allgemeinen stellen die nördlich von 43 Grad Nordbreite wehenden westlichen Winde eine verhältnismäßig rasche Rückreise in Aussicht.

Ziel Friedrichshafen, nicht Berlin.

Wie Dr. Dürr auf Anfrage mitteilt, ist damit zu rechnen, daß das Luftschiff zunächst nach Friedrichshafen fährt und erst später den angekündigten Besuch in Berlin abstattet, bei dem es sich am Unfernast in Stal en anlegen wird. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten scheint der „Graf Zeppelin“ bereits günstigen Wind zu haben und gute Zeit zu machen. Sollte Dr. Dürrer auf der nördlichen Route bleiben, also dann über Irland heruntersteuern, so würde der Kurs über Deutschland wahrscheinlich rheinwärts gehen, Berlin also auch nicht auf der Route liegen.

Die Neufundland-Inseln passiert.

Nach einer Meldung aus Chatham überflog das Luftschiff in einer Höhe von 500 bis 600 Metern an den kleinen Neufundlandbänken in der Nähe von Island bei leichtem Nebel, der dort tagsüber fast immer herrscht, eine große Fischflotte. Das Luftschiff hatte Rückenwind. Das Wetter in dieser Gegend ist verhältnismäßig gut. Das Luftschiff war bis zu diesem Punkt bereits mit über einem Dutzend Schiffen in Verbindung getreten. Es folgt zweifellos der großen Schiffsfahrtslinie.

Kurs: Südost.

Nach einer hier eingetroffenen Meldung war der Standort des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ um 20 Uhr mitteleuropäischer Zeit 42.50 Grad nördlicher Breite und 57.50 Grad westlicher Länge. An Bord ist alles wohl.

Nach der letzten Standortmeldung hat das Luftschiff damit einen direkt östlichen Kurs genommen. Der Abstand zwischen den beiden letzten Standortmeldungen läßt auf eine Geschwindigkeit von wenigstens 160 Stundenkilometern schließen, zu der der günstige Rückenwind beigetragen haben dürfte. Man kann damit rechnen, daß das Luftschiff nunmehr südöstlichen Kurs nimmt, um dem im Norden lagernden Tiefdruckgebiet zu entgehen und den Nordwestwind als Rückenwind auszunutzen.

Norddeutscher Lloyd und Hapag haben ihre Schiffe angewiesen, auf den Zeppelin zu achten.

Oeffentliche Kundgebung

am Mittwoch, dem 31. Oktober, 19²⁸ Uhr
in der Turnhalle, Rosenhaller Str. 14 zu Wittenau.
Vortrag: Die Berliner Kommunalpolitik der Sozialdemokratie.
Referent: Stadtverordneter Heinrich Schäfer.
Außerdem Filmvorführung: „Das Großkraftwerk Klingenberg.“
Alle Genossinnen und Genossen, sowie Vorwärtsleser und Sympathisierende, Wahlrinnen und Wähler sind eingeladen.
140a. Abteilung, Wittenau.

24) Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brinck.

Copyright 1927 by J. M. Spaeth Verlag, Berlin.

Der zauberische Wind.

Bast hat die Beleidigung, die der Eisenholz uns an jener Sandböschung zuschleuderte, gerächt, und diesem ist seitdem nichts Verlegendes mehr über die Lippen geprudelt. Er wurde vielmehr ein guter Kamerad, stand überall seinen Mann und wußte insbesondere die Herren Gefreiten auf eine bewundernswürdige Art sich und uns vom Leibe zu halten. Diese Fähigkeit eroberte ihm mit einem Schlag unsere volle Achtung, um so mehr, als jene Herren jetzt für uns zu wahren Fürsten heranschwellen. Es ging uns schwer ein, daß wir auch in diesem Dorf — Rekruten blieben. Ohne Borgefekte hatte man uns aus Oldenburg hergeschickt. Jetzt aber waren plötzlich Gefreite, Unteroffiziere, Feldwebel da, sowie der Leutnant, welcher Brause hieß. Wir alle zusammen bildeten flugs die 4. Kompanie eines Feldrekruten-Depots.

Es wird festgestellt, daß wir noch gar nichts können. Wir können nicht stillstehen, nicht grüßen, nicht exerzieren, nicht schießen, überhaupt nichts. Wir sind und bleiben Rekruten. Auch der alte Soldat Eisenholz wird zum Rekruten zurückbefördert, aber man muß es ihm lassen, er schlendert so überlegen über die Dorfstraße von Chéret, wie es nie einem Rekruten gelingen könnte.

Sind wir auch Rekruten, so ist doch Chéret keine Kaserne. Chéret ist ein französisches Dorf am Nordrand des Chemin de Dames. Durch Chéret weht französische Frühlingsluft, und wenn der Soldat sich dort bei den kleinen Blumen auf einen Schutthaufen niederlegt und die Sonnenstrahlen von der rosaweißen Wand zurückprallen und seinen Rücken erwärmen, ist nichts ferner als die Kaserne. In der Kaserne wohnt der Teufel, aber auf den verschütteten Höfen von Chéret weht Gottes Atem.

Natürlich ist aber auch ein „aber“ dabei. Der Leutnant sagt, die 4. Kompanie hat Schwein gehabt, sie wird ins Schloß gelegt. Doch nun kommt das „aber“: wir schlafen unterm Dach auf dem Bodenraum, der keine Fenster hat. Man liegt im Dunkeln, Schulter an Schulter gepreßt, und aus all den Strohdächern mirbelt ein toller Staub. Der Boden des

Schlosses ist eine Höhle. Die Soldaten machen vorm Einschlafen sinnlose Witze, um sich abulken. Im Schlaf schreien manche laut und greifen mit hastigen Händen um sich. Um 10 Uhr abends werden wir gezählt, sonst würde ich mich für die Nacht in den Park unter die Tannen legen, anstatt Turtschams Witze anzuhören, die allmählich in scheußliche Schweinereien ausarten. Neuerdings singt er sogar, oder quält, mit einer tingeltangelhaften Stimme. Ein langes unsägliches Lied ist es, das er unter erheblichem Beifall Abend für Abend herausleiert. Die Berke nehmen kein Ende, und es werden immer neue Kerzen auf die herabgebrannten Stümpfe gesetzt. Aber ich schlafe darüber ein, und morgens, hopp! die Treppe hinunter, an den Wassertrög. Dies ist das „aber“ in Chéret, sonst aber ist eigentlich alles gut.

Eigentlich alles gut? — Du bist mir ein lauer Rekrut, Suhren! Herrlich ist es mein Vieber.

Aber was? Was ist herrlich? —

Das ist herrlich, doch es ein solches Schloß gibt mit seinem steilen Schieferdach, auf dem die Sonne glüht, daß eine solche Luft weht, die dich verwirrt, als habe ein guter Geist deine Soldatenfaust gefaßt.

Wer bist du, lieber Geist? — so frugen meine Gedanken oft. Es erscholl keine Antwort, nur der zauberische Wind kam und ging und kam.

Gruppen von grauen Soldaten standen auf der langsam fortzuschwingenden Hochebene wie gebundene Garben von Früchten.

Muskettier Suhren ist nicht unter ihnen? Muskettier Suhren ist Handwerker.

Die Morgensonne scheint gegen die Fassade von Schloß Chéret, und das Schieferdach glüht. Auf der breiten Steintreppe davor steht Leutnant Brause. Seine Lederamaschen glänzen wie glasierte Milchtrüge, und vor ihm ist die Kompanie angetreten. Der Leutnant läßt ein paar Griffe machen. Kommandos fallen wie Peitschenhiebe gegen unsere Rekrutenohren. Seine Kartoffelnase ist kreisrund, sein Reittrock durchfährt die Luft. Manchmal ist er zufrieden — manchmal ist er nicht zufrieden. Das eine ist uns lieb — das andere ist uns leid. Wir sehen durch zusammengebrückte Lider und richten die ganz klein gewordenen Pupillen auf die helle Wandfläche. Die Augen aller Soldaten haben ein schönes weiches Licht.

Dann ist der Leutnant fort, und Feldwebel Bloiboom verließ die Tagesbefehle.

Ihr dürft nicht den Bereich des Dorfes verlassen! Ihr müßt auf der Straße tadellose Haltung zeigen! Ihr sollt grüßen wie Soldaten, die was gelernt haben! Man sieht, der Leutnant sorgt für den Ruf der 4. Kompanie. Der Feldwebel Bloiboom ist ein dicker Mann mit schweinsfarblichem Gesicht und Augen, die dauernd ein Wächeln verjagen müssen. Seine Stimme klingt warm und wirkt beruhigend auf uns. Wir stehen begeistert da, drücken die Knie durch und hören auf die gut durchdachten Tagesbefehle. Es gibt immer und überall jemand, der für uns denkt, und wir machen es hernach, wie es befohlen ist — nach Maßgabe unserer Fähigkeiten.

Wer ist der schüchternste Bijsfeldwebel, der hinter Bloiboom steht und ihm über die Schulter sieht? — Engelke heißt er, und ist ein gemelener Primaner. Vor uns aber, dicht an der 10. Korporalschaft, sehen wir den breiten Rücken des Unteroffiziers Hermann Tielbürger. Er ist unser Korporal, ein Schreinergefelle, und sein Gesicht ist wie aus edlem Holz geschnitten. Er schimpft und blinzelt dabei — er blinzelt und schimpft. Selbst Klagen konnte beides nicht zärtlicher miteinander verbinden. Hast du ihn gern, Rekrut? — Zum Beispiel, er gibt dir abends bei der Austeilung ein Stück Käse: Du hältst dein Gefäß hin, ziehst es mit dem Käse beschnitten zurück, und nun kommt es dir vor, als sei noch etwas außer dem Käse hineingetan, du weißt nicht was.

Oben im Schloß ist ein Zimmer mit einem großen grünen Billard. Dies Zimmer ist meine Werkstatt, ich bin doch Handwerker.

Ich lasse Albering allein, der hinter einer Tanne liegt, um in meine Werkstatt zu gehen.

„Verdammt Drückeberger“, sagt mein Kamerad und mäht sich behaglich im jungen Gras.

„Nach meinen schwachen Kräften“, antworte ich und gehe fort. Nun ich das Gartentor hinter mir schließen will, ruft er mich zurück. Ich frage nur:

„Was, was willst du?“

Er schreit:

„Denk an den Salat, Suhren, er wächst wie toll. Aber wird er geklaut, so ist es kein anderer als Max Pfeiffer gewesen. Habe ein Auge auf den Salat, Suhren!“

„Ja, ja!“

„Salat und Pfannkuchen, mehr kann der Mensch nicht hoffen, du verdammt Drückeberger!“

(Fortsetzung folgt.)

Luftverkehr und öffentliche Gelder.

Von August Haas, M. d. L., Köln.

Die Öffentlichkeit hat sich im Sommer d. J. mehr als sonst mit dem Flugverkehr befaßt. Veranlassung war die Frage der Unfälle, der Streit zwischen Luftlinie und Sachsen und neuerdings der Vorstoß, den der frühere Direktor der Junkers-Werke, jetziger Reichstagsabgeordneter Sachsenberg, gegen die Luftlinie, das Reichsverkehrsministerium und gegen die Tätigkeit der öffentlichen Hand im Luftverkehr führt.

Die Zahl der Unfälle, auf die gestiegenen Kilometer oder die beförderten Passagiere umgerechnet, ist nicht höher als in den früheren Jahren. Alle Instanzen und Körperschaften sind sich darin einig, daß die

Sicherheit des reisenden Publikums

an erster Stelle stehen muß. Alle technischen Maßnahmen sind getroffen, um in Zukunft Kurbelwellen- und Propellerbrüche zu verhindern. Vor allen Dingen wird auch alles getan, um bei Notständen Brüche und Zerreißungen der Öl- und Brennstoffleitungen, sowie der Tanks, unmöglich zu machen. Damit würde eine Verhinderung des Flugzeuges, wie es bei den verhängnisvollen Unfällen dieses Jahres vorgekommen ist, ausgeschlossen. Hinzu kommt, daß sich alle Stellen darüber einig sind, daß dem mehremotorigen Flugzeug im Punkt der Sicherheit der Vorrang gegeben werden muß und deshalb auf den großen Strecken nur noch solche Maschinen einzusetzen sind. Dabei wird natürlich der Wirtschaftlichkeitsfaktor sehr ungünstig beeinflusst, denn mehr Motore bedeuten mehr Eigengewicht und auch Maßnahmen größerer Mengen von Brennstoff, besonders wenn man bedenkt, daß das Bestreben sein muß, immer größere Strecken ohne Zwischenlandung zu fliegen. Ein Besuch der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung zeigt, daß heute noch das Eigengewicht aller Flugzeuge erheblich höher ist als die Nutzlast, die mitgenommen werden kann.

Beim Sachsenstreit

handelt es sich, wenn man von der ersten Bestimmung — Flugplatz Halle-Leipzig — absieht, um zwei sehr wichtige Fragen. Die erste ist die Monopolstellung der Luftlinie, und die zweite, die wesentlich geringere Flugbeihilfe, die die Nordbayerische Verkehrsflug G. m. b. H. von den sächsischen Städten haben wollte. Die letztere Frage war eine Frage, die alle regionalen Fluggesellschaften sehr stark interessiert, hängen doch davon die Zuschüsse ab, die die einzelnen Städte an Flugbeihilfen aufzubringen haben. In der von der sächsischen Regierung herausgegebenen Denkschrift heißt es darüber:

„Die Deutsche Luftlinie A.-G. verlangte für den Betrieb ihrer innerdeutschen Strecken den Betrag von durchschnittlich 1,70 M. pro Kilometer als festen Zuschuß der öffentlichen Hand, während die Nordbayerische Verkehrsflug G. m. b. H. mit einem Durchschnittssatz von 0,80 M. pro Kilometer auskam. Trotzdem führte sie 90 Proz. ähnlicher Einnahmen aus dem Verkehr an ihre Subventionen wieder ab, während die Deutsche Luftlinie A.-G. bei ihren höheren Zuschüssen nur 30 Proz. der Verkehrseinnahmen zurückzahlte. Dabei waren die Beförderungspreise, die den Flugreisenden von der Nordbayerischen Verkehrsflug G. m. b. H. angeboten wurden, 40 Proz. niedriger als die von der Deutschen Luftlinie A.-G. erhobenen Flugpreise.“

Wie derartige Unterschiede entstehen können und ob sie einer objektiven Prüfung standhalten, bedarf dringend der Aufklärung. Die Luftlinie und die Regierungstellen sind dazu übergegangen, wie mir bis jetzt versichert wurde, aber nicht die Nordbayerische.

Eine Prüfung durch die Deutsche Revisions- und Treuhandgesellschaft.

die in regelmäßigen Abständen bei der Luftlinie alles prüft, hat die Nordbayerische abgelehnt. Die bisher vorliegenden Vergleichsmöglichkeiten reichen bei weitem nicht aus, denn sie müssen zuerst auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt gebracht werden. Wenn die eine Gesellschaft ein Flugzeug von 35 000 M. und die andere eins von 80 000 M. Anschaffungswert zum Vergleich stellt, so muß der Vergleich hinten, besonders noch, wenn die eine Gesellschaft 100 000 Flugkilometer und die andere nur 60 000 als Jahresleistung zugrunde legt. Die Öffentlichkeit muß verlangen, daß hier klar und eindeutig die Karten

aufgelegt werden, denn der Flugverkehr erhält fast drei Viertel seiner Unkosten aus öffentlichen Mitteln.

Erst dann, wenn diese Frage einwandfrei geklärt ist, gewinnt die Monopolfrage ihre Bedeutung. Bisher hatte die Luftlinie nur de facto ein Monopol, denn sie war die einzige Gesellschaft in Deutschland, die Flugverkehr ausübte. Nach den Verträgen, die sie mit den deutschen regionalen Gesellschaften abgeschlossen hat, haben sich alle diese Gesellschaften das Recht vorbehalten, eigenen Flugverkehr zu betreiben. Trotzdem an der Deutschen Luftlinie das Reich mit 26 Proz., die Länder mit 19 Proz. und die regionalen Gesellschaften (im wesentlichen Städte und Gemeindeverbände) mit 27,5 Proz. beteiligt sind, ist für eine gesunde Konkurrenz Platz vorhanden, denn es liegt nicht im Interesse der Luftlinie, das ganze bisherige Liniennetz in Deutschland aufrecht zu erhalten. Die Luftlinie müßte sich immer stärker auf die vom Reich allein subventionierten internationalen Linien und die großen innerdeutschen Durchgangslinien konzentrieren. Eine Durchbrechung der faktischen Monopolstellung der Luftlinie, wie sie die

großen Schiffahrtsgesellschaften

seit über einem Jahr erstreben, muß entschieden abgelehnt werden. Trotzdem die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd an der Luftlinie beteiligt sind, glauben sie, als mit der Möglichkeit eines späteren Luftverkehrs über den Ozean zu rechnen, ein solcher Verkehr stünde nur ihnen und nicht der Deutschen Luftlinie zu. Als sie in Berlin keine Gegenliebe fanden, boten sie die Gründung einer neuen Gesellschaft an, in der die Schiffahrtsgesellschaften zwei Drittel und die Luftlinie ein Drittel des Kapitals haben sollte. Wie mir versichert wird, soll neuerdings die Absicht bestehen, der Luftlinie mit 51 Proz. des Kapitals die Führung zu überlassen. Auch dagegen bestehen noch die allergrößten Bedenken. Die übrigen Aktionäre der Luftlinie müßten sich gegen eine andere Kapitalverteilung, als sie bisher bei der Luftlinie ist, ganz entschieden wehren. Jeder, der etwas vom Luftverkehr versteht, weiß, daß eine

Wirtschaftlichkeit des Flugverkehrs

am frühesten und sichersten gegeben sein wird im Transkontinental- und im Transozeanverkehr. Sogar Herr Reichstagsabgeordneter Sachsenberg sagt in seiner Denkschrift:

„Das Flugzeug kann nur dann gegen Schiff und Eisenbahn konkurrenzieren, wenn die Vorteile an Geschwindigkeit oder die Abfertigung des Weges (Gebirgsbahnen, die große Steigungen und damit lange und teure Wege zurückzulegen haben) so groß sind, daß die zu befördernde Nutzlast wirtschaftlich in der Lage ist, die Mehrkosten auf sich zu nehmen. Auf Europa angewandt, bedeutet das, daß es im verkehrsreichen Westen und in der Mitte des Kontinents nur wenig Stellen und Gelegenheiten gibt, bei denen das Flugzeug im regelmäßigen Linienverkehr mit Aussicht auf wirtschaftlichen Nutzen eingesetzt werden kann. Ganz anders und weit günstiger liegen die Dinge für das Flugzeug beim transkontinentalen und später auch beim transozeanischen Verkehr. Hier kommt die große Geschwindigkeit des Flugzeugs in einem Maße zur Wirkung, die ihm für die Zukunft die Postbeförderung und darüber hinaus den Transport von Gütern und Personen sichert, die die Beförderungskosten tragen können, wenn sie dafür die Vorteile, die der Lufttransport bietet, ausnützen können. Diese beiden besonders zukunftsreichen Einsatzmöglichkeiten des Flugzeugs müssen vor allem unter Berücksichtigung des Nachtluftverkehrs gefördert werden.“

Diese Sätze zeigen klar und deutlich die wahren Beweggründe, warum die Schiffahrtsgesellschaften eine so hohe Kapitalbeteiligung riskieren wollen. Ebenso deutlich zeigen sie aber auch, daß der Vorstoß des Herrn Sachsenberg, der

der Luftlinie nur Mitteleuropa

überlassen will, für die Aktionäre der Luftlinie und damit für Reich, Länder und Städte nicht diskutabel sein kann. Herr Sachsenberg weist in seiner Denkschrift auch auf die Möglichkeiten des Flugzeugs in Asien, Afrika, Australien, Süd-, Mittel- und Nordamerika hin und sagt dann:

„Hier ist also das eigentliche Gebiet, auf dem das Flugzeug als ergänzendes und vorbereitendes Verkehrsmittel volkswirtschaftlich Großes leisten und nicht nur eigenwirtschaftlich, sondern mit hohen Gewinnen arbeiten kann.“

Herr Sachsenberg will also, als Sachkenner und Wirtschaftsmann, nach seinen eigenen Darlegungen die Zuschußbetriebe Mitteleuropas dem deutschen Steuerzahler überlassen. Diese sollen die Linien betreiben, um die deutsche Flugzeugindustrie zu unterstützen und gutes Personal auszubilden, woraus dann später das Beste in den Dienst der Privatgesellschaften eintritt, die den Transkontinentalverkehr betreiben. Herr Sachsenberg macht aber auch noch einen anderen Vorschlag, um die deutsche Industrie zu unterstützen. Er will nach einem festen Plan, den der Deutsche Reichstag für die Dauer von mindestens zehn Jahren beschließen soll,

der Flugzeugindustrie Ausführprämien gewähren.

Staatsbeihilfen für die Industrie stellen immer etwas Ungefundes dar und führen in der Regel zu allen möglichen Beschuldigungen. Zugegeben, daß auch die heutige Art, wie das Reichsverkehrsministerium die Industrie mit Aufträgen für die Luftlinie unterstützt, eine nicht glückliche ist und möglichst bald abgehandelt werden sollte, so kann man doch auf keinen Fall etwas an diese Stelle setzen, was noch viel mehr Angriffspunkte enthält. Die Ausführprämie soll 30 bis 35 Proz. des Verkaufspreises ausmachen, doch darf eine Firma nur jährlich ein Fünftel bis ein Sechstel der vom Reichstag bewilligten Summe erhalten. Wird die bewilligte Summe in einem Jahr nicht ganz gebraucht, so wird der Rest auf das folgende Jahr übertragen. Damit würde der auf die einzelnen Firmen entfallende Betrag von Jahr zu Jahr steigen.

Herr Sachsenberg sagt:

„Unter dieser Voraussetzung wird sich bei gesetzlicher Regelung der Ausführprämie das Privatekapital für die Luftfahrtindustrie in ganz anderem Maße interessieren, als es derzeit der Fall ist, zumal wenn eine langfristige gesetzliche Regelung für die Ausführprämie vorgesehen wird. Es kann als sicher angenommen werden, daß bei solcher Regelung die deutsche Luftfahrtindustrie, die heute, wie fast alle Unternehmer immer wieder sagen: „nicht leben und nicht sterben kann“, überraschend schnell gesundet.“

Das nennt man dann freie Wirtschaft!

Wer solche Vorschläge macht, hat es vermerkt, der Luftlinie und der öffentlichen Hand Vorwürfe zu machen. Die Vertreter der öffentlichen Hand, die bisher schon viel Geld für den Luftverkehr bewilligt haben und in der Zukunft noch bewilligen müssen, können doch unmöglich, ganz gleich welcher Partei sie angehören, diese und noch viel mehr Mittel nur bewilligen, um der Privatwirtschaft zu einem lohnenden Geschäft zu verhelfen. Dabei soll die Frage, was das Ausland einer solchen Ausführprämie gegenüber tun würde, ganz außer Betracht bleiben.

Bäckerbrot — und Konsumbrot.

Eine Lektion — nicht hinter dem Spiegel zu lesen.

In dem nun schon seit Wochen andauernden Streit um den Brotpreis haben die Bäckermeister sich endlich zu dem Versprechen entschließen müssen, das Brotgewicht zu erhöhen, den Brotpreis aber unverändert zu lassen. Wir haben sofort festgestellt, daß es sich bei diesem Versprechen um eine neue Finte handelt, um die notwendig gewordene Anpassung der Brotpreise an den gesunkenen Rehl- bzw. Getreidepreis zu umgehen. Diese Auffassung wird durch

Das feine Cocos-Speisefett

Palmmin

Nurecht mit dem Namenszug
Dr. Schlink

SCHUH-GUT

DIE DEUTSCHE SCHUH-MARKE

PREISWERT

KAUF

Ausführungen bestätigt, die ein bekannter Getreidehändler, Paul Sandt, in der „Deutschen Getreidezeitung“ macht. Sandt führt folgendes aus:

„Wenn die Bäcker sich entschlossen haben, den Brotpreis unverändert zu lassen, die Gewichte aber zu erhöhen, so war die vorgenommene Erhöhung von vornherein von einem in lächerlich geringen Ausmaß, daß sie ein hohes in die bestehenden Verhältnisse wirken mußte. Es scheint aber, daß mindestens ein Teil der Berliner Bäcker entschlossen ist, nicht einmal diese minimale Konzession an die berechtigten Verbraucherinteressen zu machen, sondern der Verbilligung jeden Anteil an der Verbilligung von Getreide und Mehl vorzuziehen. Daß es in anderen Städten anders ist, macht eine Behandlung der Frage um so mehr zur Pflicht.“

Die Ausführungen Sandts werden durch Stichproben unterstrichen, die kürzlich in Charlottenburg und in Steglitz gemacht worden sind. Hier wurde bei Knüppeln ein Gewicht von 26 und 27 Gramm pro Stück festgestellt. Das bedeutet bei einem Verkaufspreis von 3 Pf. pro Stück eine Einnahme von 113 Mark für 100 Kilogramm Gebäck. Bei einer Ausbeute von 125 Kilogramm Gebäck auf 100 Kilogramm Mehl ergibt sich ein Erlös von rund 140 Mark auf den Satz Mehl. Der Mehlpreis beträgt jedoch 40 Mark, wobei von Auszugmehl als Basis ausgegangen wird. Zutaten, Backkosten und Generalaufkosten erfordern, bei weitherziger Berechnung, weitere Aufkosten in Höhe von 40 Mark pro Satz Mehl. So kommt man zu einem Herstellungspreis von 80 Mark gegenüber einem Verkaufserlös von 140 Mark. Der Nutzen des Bäckers beträgt also 60 Mark pro Satz Mehl. Das sind 150 Proz. des verauslagten Rohstoffpreises. Auch bei der Schrippenherstellung ergibt sich ein Nutzen von 40 Mark = 100 Proz. des Rohstoffpreises. Bei der Semmelherstellung steigt der Nutzen auf ungefähr 110 bis 120 Proz. Das Roggenbrot in einem Gewicht von 1150 Gramm wird gegenwärtig in Berlin für 50 Pf. verkauft. Das entspricht einem Preis von 43,5 Pf. für das Kilogramm. Der Herstellungspreis dürfte aber bei einem Rohpreis von 30 Mark nicht über 32 Pf. liegen. Es ergibt sich also auch hier eine Gewinnspanne, die noch reichlich Raum für eine Herabsetzung läßt.

In den Ausführungen Sandts ist der Satz von Bedeutung, daß die Bäcker nicht allgemein den Preis so überhöht hoch halten konnten wie in Berlin. Überall dort, wo die Konsumgenossenschaftlichen Bäckereien einen wesentlichen Teil der Brotherstellung beherrschen, konnte eine weitgehende Verbilligung des Brotes durchgeführt werden. Der Bezirk Dresden hat zum Beispiel die billigsten Brotpreise in Deutschland, weil die Bäckereien der Konsumgenossenschaft Vormarsch für Dresden und Umgebung für die Versorgung des Bezirks von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Konsumgenossenschaften sind der beste Schutz für die Verbraucher.

Kupferwucher und kein Ende.

Die vierte Preiserhöhung innerhalb sechs Wochen.

Das von dem amerikanischen Kupfertal beherrschte Internationale Kupferkartell legt seine unerlösten Preistreibererweiterungen weiter fort. Nachdem in den letzten sechs Wochen die Preise dreimal, und zwar von 15 auf 15,75 Cent je Pfund heraufgeschraubt waren, ist jetzt, drei Tage nach der letzten Preiserhöhung, der Kupferpreis zum viertenmal von 15,75 auf 16 Cent je Pfund erhöht worden. Es ist ganz klar, daß dieser Preiswucher des Internationalen Kupferkartells die verarbeitenden Industrien besonders in Europa stark beunruhigt, da ihnen durch diese Preispolitik die Konsumgenossenschaftlichen genommen werden. Von diesen Preistreibererweiterungen wird Deutschland als der größte Kupferverbraucher des Kontinents besonders betroffen. 1927 betrug der deutsche Kupferimport fast 231 000 Tonnen, und es ist kaum anzunehmen, daß er sich im Laufe dieses Jahres verringert hat. Die deutsche Handelsbilanz wird also jährlich mit etwa 300 bis 330 Millionen allein für Kupferimporte in Anspruch genommen. Die Mehrbelastung nach den letzten Preiserhöhungen ist bis heute schon auf 26 bis 30 Millionen Mark zu schätzen.

Abgesehen von dem volkswirtschaftlichen Schaden ziehen diese Preiserhöhungen für Kupferproduzenten sofort weitere Preiserhöhungen in der metallverarbeitenden Industrie nach sich, wie es sehr auch beim Kupferblechprodukt bereits in Erscheinung getreten ist. Die wir schon bei der letzten Preiserhöhung des Kupferkartells betonten, läge es im dringenden Interesse der europäischen Kupferproduzenten, sich zu gemeinsamen Abwehrmaßnahmen gegen den Preiswucher zu ergreifen. Es ist bereits von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß dank der fortschreitenden Technik das Aluminium bereits vielfach das Kupfer aus dem Produktionsprozeß verdrängt hat, und daß die neuesten Forschungsergebnisse ein weiteres Vordringen des Aluminiummetalls als vollkommenen Kupferersatz versprechen. Hier liegt vielleicht am ehesten eine Möglichkeit, das Kupferkartell und seine Preispolitik zu bekämpfen.

Unter Betriebsstand bei den Deutschen Kabinetteren A.-G. In dem Brief, den die Deutsche Kabinetteren A.-G. in Berlin-Lichtenberg zur Einführung ihrer jungen Aktien an der Berliner Börse jetzt veröffentlicht, wird der gegenwärtige Betriebsstand der Gesellschaft als sehr günstig geschildert. Während der Umlauf von 1926 bis 1927 sich von 21,4 auf rund 25 Millionen erhöht hatte, sind die Umsätze in den ersten sechs Monaten dieses Jahres weiterhin um rund 15 Prozent gestiegen. Der gegenwärtige Auftragsbestand sichert den Betriebes um die volle Beschäftigung für die nächsten drei Monate. Die Gesellschaft, die im letzten Jahr auf die Zahlung einer Dividende verzichtete, wird daher voraussichtlich für das laufende Betriebsjahr die Dividendenzahlung wieder aufnehmen.

Von dem Siemenskonzern. Die von dem Siemenskonzern beherrschte Reinger, Gebbert u. Schall A.-G. in Erlangen, ein Spezialunternehmen für medizinische Instrumente, hat im Geschäftsjahr 1927/28 seinen Rohgewinn mit 0,72 Millionen Mark glatt verdoppelt können. Der ausgezeichnete Reingewinn hat sich infolgedessen des Gewinnvortrages von 1926/27 auf 0,64 gegen 0,47 Millionen Mark erhöht, von dem eine Dividende von 7 gegen 6 Prozent im Vorjahr gezahlt wird. Die gute Beschäftigung der Gesellschaft im Laufe des letzten Jahres läßt im Geschäftsbericht darin ihren Ausdruck, daß das Unternehmen gezwungen war, sich den erhöhten Lieferanforderungen durch fortgesetzten Ausbau der Betriebe anzupassen.

Frochthaus Erdal reist Urbin. Da jedermann Schuhcreme braucht, sind wenig Reklamen so allgemein bekannt, wie die Urbin- und Erdal-Frochthaus-Reklamen. Jetzt wird die Firma Urbin u. Erdal in Urbin nicht mehr der Doffenheit anpreisen können, denn sie ist kürzlich von der Herstellerin der Erdalcreme, der Firma Berner u. Nery A.-G. in Mainz erworben worden. Die beiden Unternehmen vereinigten etwa 70 Prozent der ganzen deutschen Schuhcreme-Produktion auf ihre Betriebe.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Nacht sind stets an den Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 1, 2. Hof, 2. Tr., rechts, zu richten.

1. Kreis Tegel. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, im Schulhof, Tegel, 30. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
2. Kreis Friedrichshagen. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in den Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
3. Kreis Tempelhof. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
4. Kreis Neukölln. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
5. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
6. Kreis Mitte. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
7. Kreis Charlottenburg. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
8. Kreis Spandau. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
9. Kreis Köpenick. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
10. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

heute, Dienstag, 30. Oktober:

1. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
2. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
3. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
4. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
5. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
6. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
7. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
8. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
9. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
10. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Morgen, Mittwoch, 31. Oktober:

1. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
2. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
3. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
4. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
5. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
6. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
7. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
8. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
9. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.
10. 19% Uhr im Lokal Heber, Jägerstraße 7, 1. Versammlung. Vortrag: „Arbeit und Brot.“ Referent: Georg Helms, WdM. Referent: Rudi Reck, WdM. Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis Tegel. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, im Schulhof, Tegel, 30. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
2. Kreis Friedrichshagen. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in den Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
3. Kreis Tempelhof. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
4. Kreis Neukölln. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
5. Kreis Prenzlauer Berg. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
6. Kreis Mitte. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
7. Kreis Charlottenburg. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
8. Kreis Spandau. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
9. Kreis Köpenick. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.
10. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

III. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Tegel. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, im Schulhof, Tegel, 30. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Jungsozialisten.

Gruppe Reinickendorf-Bez. Heute, Dienstag, 30. Oktober, 19% Uhr, im Jugendheim, Reinickendorf, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Tempelhof. Heute, Dienstag, 30. Oktober, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Geburtstage, Jubiläen usw.

21. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Gierbelager der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Verkäufe

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Bekleidungsstücke

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Möbel

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Fahrer

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Kaufgesuche

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Unterricht

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Verschiedenes

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Vermietungen

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Wohnungen

1. WdM. Kreis Reinickendorf. Sonntag, 1. November, 19% Uhr, in der Gemütskuren, Bismarck-Straße 67, 1. Versammlung. Vortrag: „Was hat die Republik den Deutschen gebracht?“ Referent: Albert Kollmann, WdM. Alle parteigenösslichen Freunde werden gebeten, im eigenen Interesse an der Bestimmung möglichst teilzunehmen.

Autofahrschule Sanke Berlin O. 17
Tel.: Königsplatz 6399. — Kurse jeder Art. — Eintritt jederzeit.

Die Glühlampe.

Von Vera Inber.

Aus dem Leben in Moskau aufgenommenen Notizen.
aus dem Leben der russischen Schichtarbeiter.

Moskau ist groß und geräumig, nur zusehender Ordnung gibt es selbst. Das macht das Leben fast unerträglich. Steht nicht auf dem Bahnhof so ein uniformierter Kerl und fordert die Bilette für die Reise nach Krasnodar und rüffelnd den Wagon nach, hat sich als blinder Passagier sogar auf die Toilette gesetzt, um den Kontrolleuren zu entgehen. Nun gilt es noch ein durchzurutschen. Man drängt sich beim Ausgange mitten unter die Leute, die alle hübsch ihre Bilette vorweisen und gelangt so hinaus.

Der blinde Passagier steht auf dem Moskauer Pflaster. In der Tasche hat er keinen Kopfen, der Wagen tracht ihm. Doch er kennt die Adresse eines Freundes, der ihm zweiundzwanzig Rubel schuldet, eine Summe, die vollstaus genügt, um ein neues Leben zu beginnen. Der blinde Passagier ist sehr gewandt angezogen: seine Beinweiber weisen seidensartigen Glanz auf, die Schuhe sind durchbrochen, er trägt keinen Hut, was in der warmen Jahreszeit nicht sonderlich schicklich ist. Dafür hat er aber eine ungewöhnliche Fülle des schönsten blonden Haars. Er besitzt keinerlei Dokumente, denn ein abgegriffenes Reisepaßbuch, auf dessen erster Seite er sein neues Pseudonym Georg Symon notiert hat, um es nicht zu vergessen, tann schließlich als Sammelpapier gelten. Seinen wirklichen Namen kennen nur die Kriminalbehörden ferner östlicher Provinzen, die sich längere Zeit mit ihm befassen haben.

Nun ist er frei. Er wäscht seine Hände in die Taschen seiner langhängenden Hose, betrachtet neugierig mit seinen frisch unterirden, grünlichgrauen Augen die Menge, die die Bauteile des Stadts, trotzdem es schon spät am Abend ist.

Georg sieht den Mond an und denkt dabei: Ich werde bei ihm übernachten, und da das Leben morgen anfängt, so will ich morgen beginnen. Ich werde schon Arbeit finden. Ich verstehe mich auf alles. Ich kann als Elektriker gehen oder als Bänkefänger, als Reinigungsarbeiter oder Wasserwärter. Auf jeden Fall steht aber etwas fest: brav und ehrlich werde ich sein und nicht hinter den Rücken der Leute her wie früher. Fortan will ich ein ehrliches, geruchloses Leben führen bis an mein selbes Ende. Nach meinem Tode beizusetzen mich dort die Gemeinde als nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft. Auf meinem Grabe pflanz man Krokus, denn diese Blumen sind einseitig den Lügen nicht befähigt, sondern sie sind angenehm für den Beschauer. Georg stapft weiter und gibt sich keinen Gedanken hin. Die Parkstraße scheint kein Ende zu nehmen. Müdigkeit und Hunger fesselt er rotierende Kreise, die zwar angenehm für den Beschauer, sonst aber nicht befähigt sind. Die Straße schlößern und der Mond, der kurz vorher noch schicklich vom Himmel lächelte, sieht aus wie eine alte Here, die Grimassen schneiden.

„Es ist gar nicht mehr weit,“ sucht Georg sich einzureden. Die gewöhnlichen Hausnummern haben schon begonnen. Er wird mich bald finden. Dann laufe ich Brot und Zigaretten. Er wird mich schon in einem Winkel schlafen lassen.

Die gewünschte Hausnummer war zwar noch weit, aber ihre Existenz war schon merklich fühlbar. Die Beine aber wollen nicht mehr mitmachen. Ein Sabotageakt.

Georg taumelt und fällt beinahe auf einen Passanten, der in Begleitung einer Dame ist. „Schauen Sie, daß Sie weiter kommen. Sie Trunkenbold!“ herrscht dieser ihn an. Georg taumelt weiter und gelangt endlich an sein Ziel.

Da ist die Hausnummer. Ein schönes Portal, das Stiegenhaus hell beleuchtet. Er steigt die Stufen, die zum Gänge führen. „Hör, da ist die Wohnung, da ist die Türe, hinter der ihn der Freund und zweiundzwanzig Rubel erwarten! Er drückt auf die Klingel. Hinter der Türe werden Schritte laut, das Geräusch öffnet sich. Ein Augenpaar und eine Nase werden sichtbar.

„Ist Herr Wortowski zu Hause?“ fragt Georg, wobei er mit Mühe das Zittern der Stimme zu verbergen sucht. „Kann man ihn sprechen? Wachen Sie ihn auf, wenn er schon liegt!“

Hinter der Türe ertönt es dumpf: „Er liegt nicht, er sitzt ein-“ „Hör, Sie sind er!“ Damit wird die Klappe des Ganges geschlossen. Auf der hell erleuchteten Stiege steht Georg Symon wie versteinert. Augenblicklich sind alle schönen Vorzüge, ein guter Mensch zu sein und fremdes Eigentum zu achten, dahin. Seine Augen suchen nach etwas, das man mitgeben lassen könnte.

Er braucht Brot, an Zigaretten denkt er gar nicht mehr, aber Brot muß er unbedingt haben.

Gerade vor ihm über einer der Türen befindet sich eine elektrische Glühlampe. Sie brennt und auch Georgs Augen werden immer glühender, je länger er sie ansieht. Die Lampe ist nicht von einem schwebenden Drahtnetz umgeben, wie dies meist der Fall zu sein pflegt. Es wäre ein Leichtes, sie einfach abzuschrauben. Dafür könnte man vom Hehler eine Kleinigkeit erhalten, um dann den größten Hunger zu stillen. Georg nähert sich der Lampe, bemerkt aber plötzlich darunter einen Zettel, auf dem kurz und bündig steht: „Die Lampe ist angelötet.“

Georg ist ganz verblüht und macht ein unglaublich dummes Gesicht, so gutmütig dumm sieht er drein, daß die Leute, die ab und zu die Treppen hinaufkommen, ihm keine Beachtung schenken und ihre Gespräche fortsetzen.

Ihre Gespräche sind sehr verschieden. „Kaviar gibt es heute wie Kaviar. Sehr billig.“ „Ich kaufe ihn gar nicht mehr. Hab' ihn schon satt!“ „Kraut...“ fällt die Türe ins Schloß.

„Die Lampe ist angelötet,“ denkt Georg. „Das Ballett ist eine sehr unbedeutende Kunststrichung,“ erklärt ein jungling, der mit zwei jungen Mädchen, einer Blondin und einer Schwarzen, die Türe hinaufkommt. „Was soll nur das Gehepse, wenn es so seltsam ist.“

„Es gibt doch keine Seele,“ jagte die Blonde, „es gibt nur das Herz.“

„Kraut...“ knallt die Türe zu. „Nur das Herz...“ aber die Lampe ist angelötet!“ denkt Georg. Zu ebener Erde eine Eiferstichszene. „Gestern hast du Marusia ein Bilettaus geschickt im Roman „Cement“.“

„Nig' nicht! Du hast selbst gesagt, sie hat schöne Augen und spricht wunderbar auf der Maschine!“

„Angelötet ist die Lampe, an-ge-lötet!“

Es wird stillere Nacht. Die Stimmen im Stiegenhaus verhallen allmählich. Es wird ganz still. „Es ist sicher schon halb zwölf,“ denkt Georg.

Die Trauung geht nicht mehr, auf dem Asphalt haßt der Schritt der Fußgänger. Eine leichte Brise legt ein. Es riecht nicht mehr nach Rauch und Benzol, sondern der Wind trägt den Duft der

Ein Blick ins Menschenhirn.

Prof. Kubner, der große Physiologe, behandelt in der aus seiner Lebenserfahrung schöpfenden und tiefgründigen Aufsatzreihe „Der Kampf des Menschen um das Leben“, den er in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift veröffentlicht, auch die geistige Entwicklung und Leistung und erörtert, wie sich die Arbeit des Gehirns vom Eintritt des Menschen in die Welt an gestaltet. Das Gehirn und damit die geistigen Eigenschaften seien in ihrer Entwicklung dem übrigen körperlichen Wachstum weit voraus. Das Kind bringt bereits in die Schule ein gut entwickeltes Gehirn mit. Der Rauminhalt des Schädels ist bei neugeborenen Knaben 365 bis 450 Kubikzentimeter, beträgt aber gegen Ende des ersten Lebensjahres schon 700, 1000 Kubikzentimeter, ist im 10. Lebensjahr auf 1300 Kubikzentimeter angewachsen und hat beim reifen Manne im Durchschnitt 1470 Kubikzentimeter. Das Gewicht des Gehirns beläuft sich beim männlichen Wesen im Alter von 14 bis 20 Jahren auf durchschnittlich 376 Gramm, bei 20 bis 30 Jahren auf 1388, bei 30 bis 60 Jahren auf 1345, bei 60 bis 70 Jahren auf 1315 und nimmt dann im 8. Jahrzehnt des Lebens bis auf 1200 Gramm, im 9. auf 1284 Gramm ab. Das Gehirn des Neugeborenen stellt ein weitgehend in allen Einzelheiten ausgebildetes Organ dar, enthält aber ungeheure Massen von Fasern, die ein noch unentwickeltes Aussehen haben, da sie bisher noch nie Funktionen erfüllen konnten und dazu bestimmt sind, nach der Geburt des Kindes unter Zenerung des mikroskopischen Aussehens der Fasern Eindrücke aus der Außenwelt aufzunehmen. Das Gehirn ist das einzige Organ, das die Eindrücke dauernd aufspeichert. Dem Neugeborenen ist alles neu, und alle Nervenverbindungen nach den Organen, alle rückführenden Empfindungen, die ihn das eigene Ich, das Gesehene, Gehörte und Gefühlte verstehen lehren, müssen registriert und verwahrt werden. Welche Schwierigkeiten bietet schon das einfache Sehen, wieviel schwerer noch ist das Erlernen der Sprache! Alle die Eindrücke müssen im Gedächtnis verankert werden, aber die Erinnerungen aus der frühesten Kindheit reichen meist nicht weiter als bis zum vierten Jahre zurück.

Das Gedächtnis findet ja durchaus nicht alles, was gesehen, gehört, geschmeckt wird, für würdig, um aufbewahrt zu werden. Wir scheiden willkürlich oder unwillkürlich aus dem Viespiel aus, was wir aufnehmen wollen, und zwar durch die „Aufmerksamkeit“. Unsere Beobachtungen hängen aber nicht nur mit dieser Aufmerksamkeit, sondern auch mit besonderer Veranlagung zusammen. Der gewöhnliche Mensch nimmt das Gesehene sehr ungenau auf. Man braucht nur nach dem Anblick eines Hauses oder eines Bildes die Augen zu schließen und versuchen, das Gesehene zu reproduzieren. Das gelingt dem Durchschnittsmenschen schlecht, dem Realer aber gut, weil er eben für Augenblicke besonders begabt ist. Keineslich

liegt es bei den Gehörsempfindungen. Der tiefstehende musikalische Sinn empfindet nur etwas bei dem mit Rhythmus verbundenen Värm, wie er in der Musik mancher Naturdörter und unserer Tanzmusik herrscht. Der gehobene Sinn unterscheidet Wohlklang und Dissonanz, aber nur der Meister hat die Fähigkeit, Gehörtes nach dem Gedächtnis wiederzugeben. Das Gleiche gilt von der Worterinnerung. Am schwächsten ist bei den Kulturmenschen das Gesichts- und Gedächtnis entwickelt, weil sie zu wenig geübt werden. Glücklicherweise haben wir keine Erinnerungen an überstandene Schmerzen. Am schärfsten tritt unsere Erinnerung in Tätigkeit beim Vergleichen eines gesehenen Gegenstandes mit einem früheren Erlebnis, und das Wertvollste ist, daß die Erinnerungsbilder eine zeitliche Ordnung beibehalten. Gleichartige Eindrücke, die sich wiederholen, werden nicht mehr registriert. Wenn wir jeden Tag dieselbe Straße zu gehen haben, so erinnern wir uns am wenigsten an ihr Aussehen. Manche Dinge registriert man nicht, weil man an anderes denkt. Die bekannte Festlichkeit des Gesehene kommt daher, daß sein Gehirn so stark mit seinen Gedanken beschäftigt ist, daß er die Außenwelt nicht beachtet. Gleichartige wiederholte Gedankenoperationen bahnen den Weg im Gehirn und machen die Leistung schneller. Das ist die Übung. Die Erinnerung tritt später ein als bei Ungeübten. Jede außerhalb der im Verlauf der geistigen Tätigkeit ausgeführten Geistes gelegene Operation wird allmählich als unbedeutend empfunden, und diese Verödung des Gehirns nimmt von Jahr zu Jahr zu; sie tritt beim Verlassen des Berufs erst klar zu Tage, wie man bisweilen bei pensionierten Beamten sehen kann. Nach der Arbeit des Denkers tritt die Ermüdung ein, die sich, besonders beim Kind, als Unachtsamkeit und Langeweile äußert. Durch den Schlaf erholt der Mensch sich wieder und wird von Tag zu Tag leistungsfähiger. Glücklicherweise bringt das Kind kein Erbe von erworbenen Fähigkeiten der Eltern mit, denn was sollte es mit dem Buß der Erfahrungen der Älteren anfangen? Ein verbindendes Band bleibt aber zwischen Eltern und Kind durch die Vererbung der Anlage. Große Teile des Gehirns werden mit ihren Zellen und Fasern gewartet auf das Erwachen bestimmter geistiger Tätigkeiten, für die die Bereitschaft durch Vererbung gegeben ist. Der größte Teil aller Erinnerungen wird vom Gehirn bereits in früher Jugend aufgenommen, und in der Schulzeit wird es mit einer ungeheuren Masse von Lehrstoff vollgestopft, der dann meist unbenutzt liegen bleibt. Kubner wendet sich dagegen, den Menschen immer mehr mit solchem unnötigen Wissenstrom zu belasten. „Für alle möglichen einfachen Berufe, werden Anfertigungen gestellt, die eine starke Anspannung schon der Willkürbegabten darstellen,“ jagt er. „Es kommt zur Ueberforderung des Lernens und zur Leertüte. Diese übertriebene Schulmeistererei fördert nur die Eigenentwicklung des Menschen, ohne Nutzen zu stiften.“

Bäder und Furen aus der Umgebung Moskaus herüber. Dieser Lusthauch ist sogar auf der Treppe zu verspüren, auf der Georg kauft. Er hebt den Kopf und bemerkt auf der Türe folgende Aufschrift:

Mademoiselle Adèle. Manitture. Man bittet zweimal zu läuten.

„Wenn man bittet zu läuten,“ jagt sich Georg, „wäre es geradezu unhöflich, es zu unterlassen!“ Und drückt zweimal auf die Klingel. Nach einer Weile öffnet eine junge Dame, augenscheinlich Mademoiselle Adèle selbst. Eine schlanke, nicht naturblonde Dame, mit nachgezogenen Augenbrauen. Im Besonderen. Sie betrachtet mit neugierig fragenden Blicken den späten Besucher.

„Bewahren Sie,“ stammelt Georg, „bitte tausendmal um Entschuldigung, aber ich möchte mich manitturieren lassen. Es ist für mich eine Lebensfrage!“

„So spät behandle ich nicht mehr. Morgen.“

„Ich weiß,“ jagt Georg, und hindert sie daran, die Türe zu schließen, „ich weiß, das Leben beginnt morgen. Aber polierte Nägel muß ich noch heute haben. Uebrigens muß ich bemerken, daß ich kein Geld habe. Geld hab' ich keins!“

Mademoiselle Adèle zieht die nachgezogenen Brauen hoch, ihr Mund wird rund wie eine Ruderbüchse.

„Gleich, augenblicklich,“ hofft Georg träumerisch, „wird sie um Hilfe schreien. Man wird mich verhaften wegen nächtlicher Rube- stöckung und größlicher Unfugs. Auf der Türe falle ich vor Hunger in Ohnmacht. Man wird mich laben. Dann schlafe ich mich aus.“

Mademoiselle Adèle betrachtet ihn lange, dann jagt sie langsam: „Kommen Sie herein, ich werde Sie manitturieren.“

Schon sitzt Georg an einem Tischchen, seine Finger werden in Seifenwasser getaucht. Sein Kopf scheint ihm leicht und zugleich schwer zu sein. Ob er nicht überhaupt eine Seifenblase statt des Kopfes hat?

Mademoiselle Adèle jagt: „Manche gebrauchen Scherzen, ich aber arbeite nur mit Feilen. Ich verdiene ganz schön, muß aber viel Meile zahlen.“

Reulich kam ein junger Mann und meinte: Fräulein, meine Nägel müssen glänzen wie die Sterne, denn ich bin verliebt!“ — Wenn ich ihnen meh tue, sagen Sie es! ... Fertig.

Georg bedankt sich und jagt Adèle. Wieder steht er vor der Türe. Da hängt die angelötete Lampe. Kein Nachtlager, nichts zu essen, wohin sich wenden?

Jäh fährt Georg auf. Ein jugendlicher Strich kommt lahentartig die Stiege hinaufgeschlichen, mißt Georg prüfend, lächelt verächtlich den Kollegen an. Dann schraubt er mit einem einzigen Griff die Glühlampe ab und verschwindet.

„Sie war gar nicht an-ge-lötet!“ stöhnt Georg.

(Reulich von G. Borchhoff.)

Der Zylinderhut.

Der Herr Vorstand läßt eine höfliche Einladung los. Zu einer Beerdigung. Weil ich Zeit habe, gehe ich mit. Der Verstorbene ist vom Nachbarn.

„Wesens na, ich hab ja den Zylinder!“ ... Sojas so gut, gahns nebenan zum Schneidermeister Böcklein und jagens an schönen Geuß, und er möchte mir seinen Zylinder leihen ... wissens, mei Frau liegt schon drüben ... ich hab sonst niemand.“

Bereitwilligst gehe ich auf den Pump.

„Aber, daß mir nie passiert an dem Hut ...“ jagt mir die Schneidermeisterin nach.

Auf dem Weg zum Kirchhof schreiet der würdige Herr Vorstand neben mir her und gibt manche schöne Rede von sich. Er jagt:

„Wissens, dem Verstorbenen halte ich gerne a Grabrede ... er hats verdient ... zwöl. Höhe, lausgroße, waren ihm ein Spöß ...“

„Jodler, am Grab!“ jagt es mir raus.

„Wissens, die sangen an Choral ... mit Jane nämlich der Freyhverein „Mahlzeit“, a ganz ideale Sache, da hams was für ihren Beitrag ...“ befehrt mich eifrig der Vorstand.

Wie üblich, das heißt, wie er jagt, so wird er bezogen.

Nach dem Trauerakt gehen wir alle in die Friedhofsgasse. Das ist eine Kneipe neben dem Friedhof. Es wird sehr vergnügt da. Die reinste Bierkneipe. Ein Spötter zwinkt den Herrn Vorstand auf, weil er, den Vorstand meine ich, weil er am Schluß seiner tief empfundenen Grabrede gesagt hat: „Du warst ein treues Mitglied, ein braver Kamerad, so leb' denn wohl und bleibe gesund.“

Das Gelächter ist zwar in Anbetracht der Trauerstunde gedämpft, aber der Vorstand empört sich, denn sein begorgter Zylinder ist nirgendwo zu finden.

„Versteht ihr den Zylinder, ihr Lumpen ... ich lege mein Amt nieder!“ Mit den Worten rennt er davon.

„Wohl ich mit dem Vorstand fort bin, gehe ich mit ihm heimwärts. Der brave Mann ist schwer getränkt und jagt unter Biergläser: „Mei ... hups ... Alle ... hat recht gehabt ... sie hat ... hups ... hups ... du freigest also dei Boh'n für die Aufopferung, alter Vereinsgockel ...“

Ich geleite ihn die Stiegen auf. Er schimpft auf seine Vereinsbrüder. Witzendrin macht jemand die Türe auf und jagt: „So ham Ihren Zylinder vergessen, Herr Vorstand ...“

„Schneiden, verstehtst du die Kerle, die dradigen, den Hut ...“ wettert der Vorstand vom Freyhverein „Mahlzeit“.

„So is nei, Herr Vorstand, ... ich hab China zugekauft, bevors die wunderschöne Grabred gehalten ham, hams den Zylinder neben dem langen Grabstein an a Kreuz hingehängt ... dann jans ohne Hut ins Wirtshaus ...“ orgelt die Kirchhofsante und stellt das Angstrohr auf den Tisch.

U. B.

Warum ist der Asphalt schlüpfrig? Der Berliner Magistrat hat sich dieser Frage mit den Gefahren beschäftigt, die für die Kraftwagen dadurch entstehen, daß der Asphalt bei Regen so leicht schlüpfrig wird. Ueber die Ursache dieser jedem von uns unliebsam bekannten Tatsache sind im staatlichen Materialprüfungsamt von Professor Lindber und Dr. Schönberg eingehende Untersuchungen angestellt worden, über die in der „Zeitschrift für angewandte Chemie“ berichtet wird. Auf dem Boden des Berliner Straßen haften eine Schmutzschicht, deren Gewicht, soweit es sich um Stampf- oder Holzpflaster handelt, je nach der Art des Verkehrs zwischen 1 bis 3 Gramm pro Quadratmeter schwankt. Die Schmutzschicht, die auf dem Asphalt haftet, besteht zu einem Viertel aus zermahltem Asphalt, zu einem Viertel aus tonigen Stoffen und anorganischen Salzen, und der Rest sind organische Stoffe der verschiedensten Art, die einen ziemlich erheblichen Gehalt an Mineralölen zeigen. Dieses Mineralöl, das zum größten Teil von den Kraftwagen herrührt, verbreitet sich rasch in dünnen Schichten und hält alle auf der Straßende liegenden Schmutzteile ein. Dadurch entsteht die Schlüpfrigkeit. Infolge dieser Beschaffenheit ist es nicht möglich, den Schmutz durch einfache Reinigung mit Wasser zu beseitigen, sondern man muß größere Wassermengen auf die Straße bringen, die erst in längerer Zeit den Schmutz aufweichen; dann läßt er sich mit harter Besen oder Bürsten abwischen. Die Reinigung ist also ein recht schwieriger Vorgang, der sich aber beschleunigen läßt, wenn dem Sprengwasser alkalisch wirkende Stoffe zugesetzt werden. Die gründliche Reinigung der Asphaltstraßen, die zur Beseitigung der Schlüpfrigkeit notwendig ist, erfordert sehr große Kosten, und eine Besserung der Verhältnisse wäre nur dann zu erzielen, wenn man das Abtropfen des Mineralöls von den Kraftwagen verhindern könnte.

Mugsburger „Länder“-Konferenz.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit. — Heide schimpft auf München. — Zurückhaltung der südwestdeutschen Länder.

München, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Innerhalb der Bayerischen Volkspartei wächst die Erkenntnis, die politische Isolierung die Hauptursache der untergeordneten einflusslosen Rolle ist, die Bayern seit Jahren in der deutschen Politik spielt. Deshalb gewinnen auch jene Kräfte, die unter allen Händen aus dieser Isolierung herauswollen, immer mehr an Boden. Auch die am Sonntag von Bayern aus betriebene Mugsburger Zusammenkunft von Politikern und Journalisten der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums der Länder Baden, Württemberg und Hessen galten programmgemäß diesem Zweck. Im besonderen der Unternehmung, ob zunächst einmal in der offenen Frage der Reichsreform gegenseitig eine politische Verständigung möglich wäre. Diese Möglichkeit will man in Bayern aus unter keinen Umständen scheitern lassen, weil man meint, daß anderenfalls für Bayern die Tür ins Freie auf immer Zeit wieder ganz verriegelt ist.

Welche Erfolge nun die Mugsburger Zusammenkunft der Bayerischen Volkspartei gebracht hat, ist der Außenwelt bisher nicht bekannt geworden, da die Aussprache unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor sich ging und als vertraulich erklärt wurde. Unbekannt ist aber geblieben, daß die Vertreter des süddeutschen Zentrums sich einer auffälligen Zurückhaltung befleißigt haben.

Für ihr Mißtrauen, daß die Bayerische Volkspartei der seit Jahren beliebten unfruchtbareren Methode, Politik zu machen, noch abgeschrieben hat, erhielten sie am gleichen Tage einen neuen Beweis in der öffentlichen Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Heide. Die urbarparatistischen Stimmen, die ihn bei seiner Rückkehr von der Länderkonferenz empfingen, haben diesen Politiker, allein schon durch seine eigene Abstammung die innere Bestätigung des bayerischen Stammesföderalismus verneint, offenbar weisblauer gemacht, als er es jemals war. So ließ er sich verleiten, bei seinem ersten öffentlichen Auftreten nach der Länderkonferenz in rein agitatorischer Weise Stimmung gegen die Mugsburger zu machen, dem er untersah, daß seine ganze Mitarbeit bei der Reichsreform nur auf die Verprechtung des Reichs der Länder eingestell ist. Er genierte sich auch nicht, weiten Kreismarkreisen in Norddeutschland ins Gesicht zu schlagen mit der Erwartung, ihre These vom dezentralisierten Einheitsstaat sei mehr oder weniger bleibend. Eine ganze Reihe anderer robuster Redaktionen zeigte ebenfalls, daß Dr. Heide trotz seiner Vorliebe für hohe Politik der Provinzialagitator der Bayerischen Volkspartei geblieben ist.

Unter diesen Umständen werden die heilbringenden Zentrumsleute in Württemberg und Baden ihre Zurückhaltung in Mugsburg nicht bedauern haben, und man wird bezweifeln dürfen, ob diese Mugsburger Tagung der geplante fruchtbare Anfang zu einer engeren Fühlungnahme zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem süddeutschen Zentrum geworden ist. Bemerkenswert ist ebenfalls, daß der Führer der Bayerischen Volkspartei im Reichspräsident Reich, es vorgezogen hat, den Mugsburger Beratungen fernzubleiben.

Der Reichsparteitag des Zentrums.

Am 8. und 9. Dezember.

Der Reichsparteitag des Zentrums, der ursprünglich in Düsseldorf abgehalten werden sollte, ist wegen räumlicher Schwierigkeiten in Köln verlegt worden und soll am 8. und 9. Dezember im Reichshalle in Köln stattfinden. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Zentrumsparität und deutsche Politik in Gegenwart und Zukunft von Dr. Adam Siegelwald, M. d. R.;
2. Die geistigen Grundlagen der Zentrumsparität im deutschen Volkstum von Prof. Dr. Räderfeldt, Direktor der Pädagogischen Akademie in Bonn;
3. Unsere Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik von Dr. Berthold Glatz, M. d. R.

Den Parteiberatungen gehen am 6. Dezember Sonderführungen eine Sitzung des Reichsparteivorstandes und am 7. Dezember eine Sitzung des Reichsparteiaussschusses voraus.

Zentrum und Windschiffhände.

Stuttgart, 29. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf einer Tagung der württembergischen Windschiffhände in Ulm äußerte sich der Landesvorsitzende, Abg. Dr. H. H. in freimütiger Weise über die wenig günstige Lage der Zentrumsparität. Die Kalamitäten dieses Jahres hätten „auf ihrer rücksichtslosen Entwicklung einen weiteren empfindlichen Rückschlag gebracht“. Für die von der Partei in schwersten Jahren übernommene Verantwortung habe sie wenig Dank geerntet. Der Rückgang sei aber zu groß, als daß man achlos an ihm vorbeigehen könne. Es sei nicht Parteipessimismus, wenn sich das Zentrum künftig anders einstelle. „Nachmals eine Wahl wie die letzte und wir sind dem sozialistischen Programm der Bergeshandlung der Produktionsmittel bzw. dem alles befreienden Sozialismus erheblich näher gekommen.“ Darum wünsche die Zentrumsjugend, die nach Freiheit strebe und in der Panzerzeit und Friedensfrage anders denke als mancher Alte, ein neues zeitliches Programm. Die bisherige Methode der Windschiffhände habe nicht zum Ziele geführt, weshalb sie in Zukunft mehr aus ihrer Reserve heraustreten und besonders die Jugend zu neuen Versuchen mahnen.

In einem zweiten Referat erörterte Reichstagsabgeordneter Dr. H. das Verhältnis zwischen alt und jung im Zentrum. Die jungen haben die politischen Dinge anders als die Alten, seien des Lebens aber keine „heißelosen Phantomen“. Letztere sei nicht alles in der Welt. Dafür erwarte die Jugend bei dem Alter Verständnis!

Die Front der Mächte bröckelt ab.

Italien will Nanjing entgegenkommen.

Paris, 29. Oktober.

Wie die Agentur Indopacifique aus Tokio meldet, hat der italienische Gesandte die Regierung von Nanjing davon in Kenntnis gesetzt, daß Italien bereit sei, die nationalistische Regierung zu anerkennen, die Verträge zu revidieren und an der Zollkonferenz teilzunehmen.

Im Reichsfinanzministerium fand gestern vormittag eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt. In eingehender Aussprache wurde die Vorbereitung der dritten Lesung des Steuerreformgesetzes in den Ausschüssen des Reichsrates und der Beratung im Plenum des Reichsrates erörtert.

Ryriker Landbund-Strategie.



„Die Massen sind in Fluß. Wir Führer können uns jetzt verdrücken. Nachher sammeln wir am Katasteramt, wo wir noch mal was Beruhigendes jagen werden.“

Der Schutz der Gesellschaft.

Rauschgiftschmuggel und Sicherheitsverwahrung vor dem Ausschuss.

Der Strafrechtsausschuss hat sich in seiner gestrigen Sitzung bei der Beratung der Sicherungsmahnahme mit der von den sozialdemokratischen Vertretern angeregten Entschließung beschäftigt, die darauf abzielt,

die Herstellung von Rauschgiften in Deutschland auf das durch die Bekämpfung von Krankheiten gebotene Maß zu beschränken.

Der Ausgangspunkt des Verlangens unserer Genossen war die erwiesene Tatsache, daß in Deutschland hergestellte Rauschgifte auf dem Wege des Schmuggels in den freien Verkehr geführt sind.

Die Vertreter des Reichsgesundheitsamtes traten der Entschließung entgegen. Sie behaupteten, daß wenn Deutschland seine Produktion von Rauschgiften einschränke, die Welt das für Heilmittel erforderliche Quantum solcher Stoffe zu beschaffen nicht mehr in der Lage sein würde. Es seien Vorschriften erlassen, die dafür bürgten, daß die sogenannten Alkaloiden einem erlaubten Gebrauch zugeführt würden. Nur etwa ein Zehntel der in Deutschland hergestellten Mengen werden anders als gegen Zertifikate erlangt und auch bei dem übrigen Teilenden sehr selten Mißbräuche in Zukunft so gut wie ausgeschlossen. Ramentlich würden die Fabriken auf das genaueste kontrolliert.

Die Genossen Dr. Moses und Mathilde Wurm traten diesen Ausführungen entgegen. Moses konnte darauf hinweisen, daß die Zahl der Rauschgiftsuchtigen sich in verhältnismäßig kurzer Zeit verdreifacht habe. Die von den Sozialdemokraten angeregte Entschließung stelle einen Appell an die Öffentlichkeit dar, der sie auf die ganze Größe der Gefahr hinweisen solle. Dem deutschen Nationalen Abg. Hahnemann gegenüber, der dieser Entschließung im Interesse der chemischen Industrie, namentlich auch ihrer Arbeiter, entgegentrat, betonte Moses, daß es sich bei dem Vorgehen gegen die Rauschgifte um den Schutz der Gesundheit und nicht um die Wahrung des Profütinteresses der chemischen Industrie handele.

Genossin Wurm wies darauf hin, daß die schweizerische Fabrik Hoffmann-Laroche in Deutschland eine Fabrik, in der sie Rauschgifte erzeuge, gegründet habe, weil ihr die Kontrolle in der Schweiz zu hart gewesen sei, und sprach weiter ihr Befremden darüber aus,

daß der Syndikat der deutschen chemischen Industrie an den Sitzungen der Zentral-Opiumkommission teilnehmen könne, was ihm die Möglichkeit verschaffe, die Interessen der ganzen Welt auf geplante Aktionen hinzuwirken und sie in den Stand zu setzen, sich gegen Maßnahmen der internationalen Kommission im Interesse ihres Geldbeutels zu schützen.

Von seiten der Vertreter des Reichsgesundheitsamtes wurde hierauf erwidert, daß die deutsche Fabrik von Hoffmann-Laroche bereits während des Krieges errichtet worden sei und daß sie vom Reichsgesundheitsamt genau kontrolliert werde.

Genossin Pfüll betonte nachdrücklich, daß Sicherungsmahnahmen gegen kriminelle Rauschgiftsuchtliche sich erübrigten, wenn es gelänge, den Abfluß von Rauschgiften zu anderen als zu Heilzwecken unmöglich zu machen.

Die von unseren Genossen eingebrachte und von den Demokraten, dem Zentrum und der Volkspartei unterstützte Entschließung wurde angenommen.

Das Schicksal der Bettler und Landstreicher.

Der Entwurf des Strafgesetzbuches steht vor, daß mit einer Beurteilung wegen Bettelns, das aus Arbeitslosheit oder Minderfähigkeit und gewerbmäßig betrieben wird, sowie wegen Landstreichens und wegen der Fälle strafbarer Unzucht die Unterbringung der über 21 Jahre alten Beurteilten in einem Arbeitshause anzuordnen sei.

Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten, die Beratung dieser Bestimmung zurückzustellen bis zur Erörterung derjenigen Punkte, bei deren Vorhandensein die Maßnahmen der Entschließung in einem Arbeitshause bestimmt werden sollen.

Der Antrag wurde indessen abgelehnt.

Herner beantragten die sozialdemokratischen Vertreter, aus der Rußvorschrift der Anordnung der Unterbringung eine Bestimmung des Inhalts zu machen, daß der Beurteilte der Landespolizeibehörde zu überweisen sei. Der Gedanke des Antrags war, der Wohlfahrtspolizei die Entscheidung zu über-

lassen, ob nicht die Unterbringung in eine Anstalt anderer Art besser sei als die Verhängung von Arbeitshaus.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die Frage der Sicherheitsverwahrung.

Der Ausschuss wandte sich dann der Erörterung des § 30 zu, der die Sicherheitsverwahrung von Gewohnheitsverbrechern zulassen will.

Genosse Landsberg führte aus, daß es bestechend klinge, wenn man sage, ein Verbrecher, dessen Wirken sich als eine dauernde schwere Gefährdung der Gesellschaft darstelle, dürfe nicht nach Verbüßung seiner Strafe erneut in den Stand gesetzt werden, seine strafbare Tätigkeit wieder aufzunehmen. Indessen sei zu besorgen, daß dieser gute Gedanke unvollkommen ausgeführt werden würde. Man könne an die Beratung des § 30 nur mit größtem Unbehagen herantreten, weil der Entwurf ihn so ausgestalte, daß man bei einer Strafe von unbefristeter Dauer leben könne. Ueber die Zahl der als Objekte der Sicherheitsverwahrung in Betracht kommenden Personen würden die verschiedensten Angaben gemacht und schließlich könne man unmöglich den Behörden eine Vollmacht erteilen, ohne zu wissen, welchen Gebrauch sie davon machen würden. Ueber die Art aber, wie die Sicherheitsverwahrung geregelt werden soll, erfährt man aus dem Entwurf nichts. Er fürchte, daß gerade die unbestimmte Dauer der Freiheitsentziehung einen starken Anreiz zur Flucht bei den Anstaltsinsassen erzeugen werde und daß dieser Anreiz wieder zu größter Strenge und hermetischer Abschließung führen werde. Dann würde aber die Sicherheitsverwahrung keinen Schutz, sondern eine Gefährdung der Gesellschaft bedeuten. Sollte man ein solches Experiment überhaupt machen, so könnten die Resultate gegen einen Mißbrauch nicht scharf genug umschrieben werden.

Die Sozialdemokratie verlange daher, daß erst nach fünfmaliger Verhängung von Zuchthausstrafen die Sicherheitsverwahrung angeordnet werden könne und daß nur die allerschwersten und gefährlichsten Verbrechen überhaupt diese Maßnahmen rechtfertigen dürften.

Strafen, die länger als fünf Jahre zurückliegen, ohne daß der Beurteilte in diesem Zeitraum ein neues Verbrechen begangen hat, dürften für die Anordnung der Sicherheitsverwahrung überhaupt nicht in Betracht kommen. Schweden habe in einem neueren Gesetz ähnliche Einschränkungen vorgezogen.

Reichsjustizminister Koch erkannte die Bedenken des Genossen Landsberg als sehr beachtenswert an, führte aber aus, daß der Gesetzgeber, je weniger und je milder er strafe, um so mehr auf Sicherung bedacht sein müsse. Ueber die Durchsührung der Sicherheitsverwahrung könne er keine hinreichende Klarheit geben, aber soviel könne er sagen, daß Gefängnisse oder Zuchthäuser unter keinen Umständen zur Aufnahme von Sicherheitsverwahrten in Anspruch genommen werden dürften. Die Sicherheitsverwahrung werde nur dann wohlthätig wirken können, wenn sie die Verwahrten möglichst geringe Uebel zufüge und die Freiheit des einzelnen auf das notwendigste Maß beschränke.

Der Ausschuss vertagte die weitere Beratung auf Dienstag normittag.

Zur Reform des Unehelichen-Rechts.

Vorschlag der Deutsch-Oesterreichischen Arbeitsgemeinschaft.

Der Reichsausschuss für soziale Fragen der Deutsch-Oesterreichischen Arbeitsgemeinschaft beschäftigte sich in einer unter dem Vorsitz von Oberpräsident Dr. Schwander-Kassa abgehaltenen Sitzung mit der zurzeit im Reichsratsausschuss beratenen Reform des Unehelichen-Rechts. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Reichsregierung und der Reichsrat ersucht werden, auch bei Verabschiedung dieses Gesetzes die Möglichkeit einer Rechtsangleichung an das Oesterreichische Recht nicht außer acht zu lassen. Insbesondere soll die Regelung der Unterhaltspflicht in Fällen, in denen ein Mehrverkehr der unehelichen Mütter stattgefunden hat, die im Oesterreichischen allgemeinen Gesetzbuch darüber bestehende Regelung zum Vorbild genommen werden, die seit hundert Jahren in Geltung sei und heute noch eine sowohl dem Volksempfinden wie den Bedürfnissen der Fürsorge für Uneheliche entsprechende Lösung darstelle.

Kartoffelgroßhandel stillgelegt.

Durch die Schuld der Unternehmer.

Der Streik im Kartoffelgroßhandel hat sich insofern verschärft, als nunmehr auch die Arbeiter des Ostbahnhofs sich dem Streik angeschlossen haben. Die Unternehmer haben beim Polizeipräsidenten den Antrag auf Einlass der Technischen Nothilfe gestellt. Das Polizeipräsident hat die Unternehmer zunächst auf Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft, dem Deutschen Verkehrsband, verwiesen. Die streikenden Arbeiter, die gestern abend versammelt waren, haben die Maßnahmen der Organisation gebilligt und dieser freie Hand gelassen zu Verhandlungen mit den Unternehmern.

Dieser Streik, der zu einer Verstopfung der Bahnhöfe geführt hat und zur Gefährdung der Kartoffelversorgung von Berlin, ist ein Schulbeispiel für die Frivolität, mit der von den Unternehmern Wirtschaftskämpfe heraufbeschworen werden. Seit fünf Jahren besteht kein Tarifvertrag mehr im Kartoffelgroßhandel. Vor vier Wochen trat der Verkehrsband an die Unternehmerorganisation mit dem Antrag auf Abschluß eines Lohn- und Manteltarifs heran. Die Unternehmer hielten es nicht einmal für notwendig, der Organisation eine Antwort zu erteilen.

Darauf wandte sich der Deutsche Verkehrsband an den

Schlichtungsausschuss. Vor dem Schlichtungsausschuss erklärten die Unternehmer pöblich, daß sie zu Verhandlungen zwecks Abschluß des neuen Tarifvertrages bereit seien und zwar auf der Grundlage der Forderungen der Arbeiter. Auf Grund dieser Erklärungen der Unternehmer wurden die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss als gegenstandslos betrachtet und von diesem die Verfolgung der Angelegenheit den Parteien überlassen.

Bier Tage darauf wurde dem Deutschen Verkehrsband von den Unternehmern mitgeteilt, daß sie es ablehnten, in Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages einzutreten, da angeblich ihre Arbeiter einen solchen nicht wünschten!

Nachdem die Unternehmer den Schlichtungsausschuss durch ein beispielloses Täuschungsmanöver hintergangen und außer Kurs gesetzt haben, verhalten sie jetzt, den von ihnen heraufbeschworenen Streik mit Hilfe der Teno niederschlagen. Hierzu ist zu bemerken, daß nicht nur von vornherein die Streikenden die Pferde füttern, sondern daß der Deutsche Verkehrsband auf Antrag der Volkswohlfahrtspeisung diese mit Kartoffeln bedient. Ein Einlass der Technischen Nothilfe wäre in diesem Falle nichts anderes als die offene Unterstützung der Unternehmer, die jede Verhandlung ablehnen, die Schlichtungsinstanzen hintergehen, während die Arbeiter, zu Verhandlungen stets bereit, die Kartoffelarbeiten verrichten.

Unternehmer und SPD. Hand in Hand Nach der Niederlage der Thätmänner.

Die „Rote Fahne“ gibt an der Spitze ihrer Sonntagsnummer eine Meldung des Dortmunder „Generalanzeiger“ wieder, wonach sowohl vom Reichsarbeitsministerium als auch vom Reichswirtschaftsministerium „die am Tarifvertrag für die Metallindustrie Nordwest beteiligten Gewerkschaften vor überspannten Forderungen gewarnt worden“ seien. Obwohl das zitierte Blatt selbst nur von „Gerüchten“ dieser Art schreibt, die „durch aus Arbeitgeberskreisen stammende Mitteilungen ihre Bestätigung zu finden scheinen“ und obwohl auch das des Weiteren von der „Roten Fahne“ herangezogene Handelskammerorgan „Rhein und Ruhr“ nur davon spricht, daß „offenbar antizipale Einflüsse auf die Gewerkschaften ausgeübt werden, um sie von ihren wirtschaftlich widersinnigen Forderungen abzubringen“, — behandelt die „Rote Fahne“ diese Meldung, als ob sie auf erwiesenen Tatsachen beruhten, und schreibt von „geradezu ungeheuerlichen Forderungen über die Anmeldeungen des sozialdemokratischen Arbeitsministers an die reformistische Gewerkschaftsbureaokratie“.

Das Reichsarbeitsministerium erklärt hierzu, daß diese Zeitungs-meldungen jeder sachlichen Grundlage entbehren und daß keinerlei derartige oder ähnliche Anweisungen oder Warnungen von einer Regierungsstelle an die Gewerkschaften ergangen sind.

Die SPD. beruft sich aber nicht nur für den Konflikt in der Schwerindustrie auf Unternehmerorgane, die „Gerüchte“ verbreiten, um die Gewerkschaften in den Augen der Arbeiter herabzusetzen. Der kommunistische Oberbonges für Gewerkschaftspaltung und Niederlagen der Arbeiter verbricht in der schon erwähnten Nummer des Bolschewistenblattes einen zweiten Artikel, in dem er auch für den von der SPD. gegen die Gewerkschaften und deren Mitglieder in Hamburg angezeigten Streik und den Streik, den die SPD. in R. Stadbach trotz aller Ankündigungen nicht anzuzetteln magt, unter Berufung auf die Unternehmerorgane zu rechtfertigen sucht. Und wo es an entsprechenden „Zitaten“ fehlt, da werden sie eben fabriziert. Und wo die Tatsachen mit den Behauptungen nicht übereinstimmen, da werden die Tatsachen eben umgehoben. Was freilich nichts an den Tatsachen ändert, besonders nichts an der Tatsache, daß die SPD. zur Freude der Reaktion und der Unternehmer sich bemüht, die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzuspüren. Doch die SPD. dabei einen Reinfall nach dem anderen erlebt, daß sie schließlich trotz Anweisung von Rostau den Mut verliert, „aktiver“ zu werden, ändert nichts an der Tatsache, daß die SPD. den Unternehmern in die Hände arbeitet.

Schiedspruch für die Seeleute.

Hamburg, 29. Oktober. (Eigenbericht)

Die Verhandlungen vor dem Hamburger Schlichter Dr. Stenzel zur Regelung der Löhne für die Seeleute wurden am Sonntag abend fortgesetzt, doch konnte eine Einigung nicht erzielt werden. In später Abendstunde wurde daher eine Schlichterkammer gebildet, die einen Schiedspruch fällt. Der Schiedspruch sieht Zulagen vor für die Vollmatrosen von 115 auf 125 M. und für die Felzer von 125 auf 135 M. monatlich. Die neue Regelung gilt vom 1. November 1928 bis 31. Oktober 1929. Erklärungsfrist bis Dienstagabend.

Die im Deutschen Verkehrsband organisierten Seeleute, des Decke-, Maschinen-, Verpflegungs- und Bedienungspersonals, nahmen heute abend zu dem Schiedspruch Stellung.

Angestelltenkonferenz in Genf.

Im Internationalen Arbeitsamt in Genf war dieser Tage eine Angestelltenkonferenz. Die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung war vertreten durch Smit-Amsterdams, die neutralgewerkschaftliche durch Köfiger-Berlin (GdL) und die christliche durch Teffier-Paris. Als Vertreter des AFA-Bundes nahm Reichstagsabgeordneter Aufhäuser und als Vertreterin der Frauen Fräulein Müller vom Verband der weiblichen Angestellten Deutschlands an der Besprechung teil.

Bei der Frage der internationalen Abkommen über die Arbeitszeit wurde von allen Vertretern verlangt, daß für den Handel, die öffentlichen und privaten Verwaltungen, sowie die sonstigen, im Washingtoner Abkommen noch nicht enthaltenen Gewerbe und Betriebe ein neues Abkommen über Höchstarbeitszeit abgeschlossen wird. Entsprechende Vorbereitungen müßten bereits für die nächste Angestelltenkonferenz in Genf getroffen werden. Die Angestelltenvertreter verlangten weiter, daß in dem neuen Abkommen eine klare Definition des Angestelltenbegriffes gegeben und ein Berufskatalog eingefügt werde, um so ein Erlassen aller Angestelltengruppen zu sichern.

Im Anschluß an die Konferenz fand eine besondere Besprechung mit dem Direktor des IAA, Albert Thomas statt, in der die Angestelltenvertreter erneut ihren Unwillen über die Schaffung eines sogenannten Ausschusses für geistige Arbeiter zum Ausdruck brachten. Mit aller Entschiedenheit forderten sie, daß schleunigst ein künftiger Ange-

stellenausschuss beim Internationalen Arbeitsamt gebildet und eine scharfe Abgrenzung der Kompetenzen der beiden Ausschüsse vorgenommen werde. Dem Ausschuss für geistige Arbeiter seien die freien Berufe zuzuweisen. Für alle Fragen, die mit dem Dienstvertrag im Zusammenhang stehen, also auch für die Erfinder- und Konkurrenzklause, müsse der Anstellenausschuss zuständig sein. Schließlich wurde noch der Wunsch geäußert, die bisherige provisorische Dienststelle für Angestelltenfragen beim IAA. zu einem ständigen etatsmäßigen Ressort umzugestalten.

Streik im Speditionsgewerbe? Mittwoch Verhandlungen über den Manteltarif.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Den dringenden Vorstellungen des ZVA. entsprechend hat der Schlichtungsausschuss Verhandlungstermin über den Manteltarifvertrag der Speditionsangestellten auf Mittwoch festgesetzt. Es ist fraglich, ob noch am Donnerstag weiterverhandelt bzw. die Stellungnahme der Groß-Berliner Vertrauensleute eingeholt und weitere vorbereitende Maßnahmen entscheidender Art getroffen werden müssen.

Auf jeden Fall wird am Freitag, 20 Uhr, eine allgemeine Versammlung der Speditionsangestellten Groß-Berlins im Palais des Zentrums, Rosenthaler Straße 36 (Röhe Hadescher Markt) zu den Verhandlungen über den Mantel- und Gehaltstarif endgültig Stellung nehmen und gegebenenfalls weitere Beschlüsse zu fassen haben.

Kolleginnen und Kollegen! Sorgt für Massendruck und schlossenes Erscheinen der Betriebe. In allen Berufs- und Tarifangelegenheiten wende man sich an den Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10. Sprechstunden Montags und Freitags von 5-7 Uhr. Telefon: Bergmann 5425-30.

Angestellten- und Betriebsräte der AFA-Verbände

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat durch Rundschreiben die Angestelltenräte von Berlin für Mittwoch, den 31. Oktober 1928, 19 Uhr, zu einem Informationsabend eingeladen. Die kommunistische Reichstagsfraktion macht sich hier eine Rolle an, die ihr nicht zukommt. Sie zeigt, daß sie aus früheren Vorgängen nichts gelernt hat und wieder einmal verlustig, im Trüben zu fischen, die erwarten von den zu Berliner AFA-Gewerkschaften gehörenden Betriebs- und Angestelltenräten, daß sie dieser Forderung nicht Folge leisten, und daß sie sich bemühen, daß Informationsabende und Zusammenkünfte nur von den Gewerkschaften einberufen und im gewerkschaftlichen Rahmen abgehalten werden.

Wir erwarten weiter, daß die zum AFA-Bund gehörenden Betriebsräte Angestellten- und Betriebsräte auch in den Betrieben für genügende Aufklärung sorgen und erreichen, daß der Versuch der Kommunisten zu einer politischen Beeinflussung nicht gelingt. Diese Bekanntmachung wird zugleich im Namen aller Berliner AFA-Gewerkschaften erlassen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund,
Ortskartell Berlin,
Platau, Petersdorf.

Der polnische Hafnarbeiterstreik.

Wie aus Danzig berichtet wird, streiken im Hafen von Gdingen sämtliche Transportarbeiter und die Besatzungen der polnischen Schiffe. Gegenüber polnischen Meldungen muß festgestellt werden, daß der Streik nur von polnischen Organisationen eingeleitet ist, die keinerlei Verbindung mit deutschen Organisationen haben.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, Dienstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Sandberger Gruppenheim, Jugendheim, Fichtelbergstr. 5. Vortrag: „Die russische Gewerkschaftsbewegung“. — Franzfurter Allee: Stadt, Jugendheim, Vortrag: „Die Gewerkschaften in Deutschland“. — Köpenicker Park: „Die Gewerkschaften in Deutschland“. — Köpenicker Park: „Die Gewerkschaften in Deutschland“. — Köpenicker Park: „Die Gewerkschaften in Deutschland“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Deute, Dienstag, findet folgende Veranstaltung statt: Westend-Jugendheim, Leichter Str. 18-19, 8½ Uhr. Vortrag: „Die Gewerkschaften in Deutschland“. — Köpenicker Park: „Die Gewerkschaften in Deutschland“.



Wintermäntel und Pelze Günstige Angebote für Qualitätswaren

- Ulster für junge Herren, braun gemustert, mit Rückengurt 36⁰⁰
- Herren-Winterpaletot zweireihige Form mit Samtkragen 45⁰⁰
- Winter-Paletot marengo Cheviot, schwarz Eskimo, zweireihig, mit Samtkragen 60⁰⁰
- Herren-Ulster rostbrauner Cheviot, mit Oberkaro und Abseite, mit Ringgurt 85⁰⁰
- Winter-Ulster blaugrauer kariertes Cheviot mit Abseite vorbildlicher Schnitt 100⁰⁰
- Winter-Paletot schwarz Eskimo oder marengo Cheviot in vorzüglicher Paßform, Maßversatz 115⁰⁰
- Gehpelz schwarzer Tuchbezug, Sealelektrikseitenfutter, Sealelektrikkragen 185⁰⁰
- Gehpelz Nutriasseitenfutt., Sealelektrikrollschalkr. 250⁰⁰
- Gehpelz Bisamstücken/futter, Otterschalkragen 395⁰⁰
- Sportpelze mod. Stoffbezüge, Nutria-, Murmelseiten-, Hamaterfutt., austral-Opossumschalkr. 275⁰⁰

Gesellschaftskleidung
Fracks — Smokings — Abendanzüge

Baer'schning ABERLIN N 4
nur Chausseestr. 29 30
Untergrundbahnhof Steintor
Bahnhof